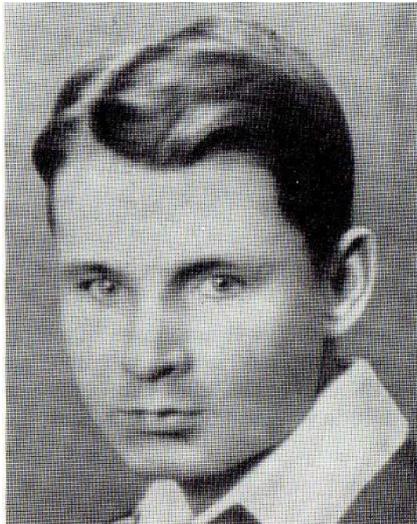




Aus der Siedlung, für die Siedlung.

**Gegen Krieg und Faschismus, für Frieden und Freiheit
kämpften und starben**

der Antifaschist



Werner Schaumann

und

die Antifaschistin



Elfriede Schaumann geb. Topp

- An sie erinnern zwei Stolpersteine vor ihrer Wohnung in der Talberger Str. 10i in 12359 Berlin.
- Beide gehörten zur kommunistischen Widerstandsgruppe um Hans-Georg Vötter und Joachim Franke.
- Werner Schaumann wurde am 11. Mai 1943 von den Nazis wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ in Plötzensee ermordet.
- Elfriede Schaumann wurde am 10. September 1942 wegen „staatsfeindlicher Tätigkeit“ von der Gestapo verhaftet und hat sich im Polizeigefängnis Alexanderplatz am 14. September das Leben genommen.

**Die Stolpersteine wurden von der Anwohner*inneninitiative
„Hufeisern gegen Rechts“ gespendet und am 28. August 2021 verlegt.**

**Herausgeber: Anwohner*inneninitiative „Hufeisern gegen Rechts“
Text: Jürgen Schulte, Berlin 2021**

1. Vorwort

Mit der Verlegung der Stolpersteine für Werner und Elfriede („Friedel“) Schaumann und der Veröffentlichung dieser Broschüre ehrt die Initiative „Hufeisern gegen Rechts“ zwei Menschen aus der Großsiedlung Britz, die gemeinsam mit anderen Antifaschist*innen in der Zeit des faschistischen Terrors gegen Unterdrückung und Krieg gekämpft haben. Ihr Widerstand begann nicht erst mit dem Tag der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur am 30. Januar 1933, sondern bereits vorher haben sie sich gegen die erstarkende faschistische Bewegung engagiert. Heute wissen wir, dass ihr Bemühen, eine breite, über die unterschiedlichen Parteien hinausgehende Front gegen den Faschismus zu schaffen, nicht von Erfolg gekrönt war. Doch auch als die Arbeiterparteien, die Gewerkschaften und andere antifaschistische Organisationen zerschlagen waren und die Nazis offenbar von Erfolg zu Erfolg eilten, verzagten sie im Kampf um Menschenwürde und Unterstützung von Verfolgten und Entrechteten nicht, sondern suchten Gleichgesinnte auf, um mit ihnen den Kampf gegen den offensichtlich übermächtigen Feind fortzuführen.

Leitlinie ihres Kampfes war die unerschütterliche Überzeugung, dass das Ziel der Menschheit in einer gerechten, selbstbestimmten Gesellschaft liegt. Soziale Sicherheit, freie Meinungsäußerung und politische Betätigung unter Achtung der Würde der anderen sowie die Ächtung von Rassismus und Krieg als Mittel gesellschaftlicher Auseinandersetzungen waren wesentliche Bestandteile ihrer Anschauung, mit denen sie aus der Illegalität heraus versuchten, den Widerstand gegen das Nazi-Regime zu organisieren. Die vor allem mit dem Beginn des faschistischen Vernichtungs- und Raubkriegs sich steigernden Überwachungspraktiken der Nazis zwangen die Mitglieder des Widerstandes, ihre Formen der Widerstandstätigkeit zu überdenken und immer wieder aufs Neue der veränderten Situation anzupassen. Die Geschichte von Werner und Elfriede Schaumann zeigt, dass dieser Prozess mit heftigen Auseinandersetzungen verbunden war, deren Ausgang oft über Leben oder Tod entschied.

Es ist bezeichnend für die Achtung gegenüber den Mitkämpfer*innen, dass weder während des Prozesses vor dem Volksgerichtshof noch in den Abschiedsbriefen von Werner und Elfriede Schaumann die Verletzung konspirativer Regeln für den Erfolg der Gestapo bei der Zerschlagung der Widerstandsgruppe und ihrer Verbindungen verantwortlich gemacht wurde. Viel bedeutsamer war das Gemeinsame, das Verbindende zwischen ihnen: Weder Gewalt noch Verführung hatten Zweifel an der unüberwindlichen Kraft der Menschenwürde, der Freiheit und der Gerechtigkeit im Kampf gegen die Nazi-Tyrannie aufkommen lassen. Mit Mut und Leidenschaft hatten sie die Verlogenheit der Heeresberichte und die am eigenen Volk und an den mit Krieg überzogenen europäischen Völkern begangenen Verbrechen an den Pranger gestellt. Sie hatten die Nachbar*innen und Arbeitskolleg*innen zum Widerstand aufgerufen, im Bewusstsein, dass Hitler und der Faschismus Krieg und Katastrophe bedeutet.

Die Tragik ihrer Geschichte liegt darin, dass ihr Tod gleichzeitig ihre menschliche und moralische Größe verkörpert. Ihr Kampf um eine Welt ohne Krieg und Terror endet vordergründig mit ihrem Untergang, zeigt aber anhand der heutigen gesellschaftlichen Akzeptanz die Bestätigung ihres Denkens und Handelns.

In diesem Sinne schließen die beiden neuen Steine nahtlos an die bisherigen zehn in der Großsiedlung Britz verlegten Stolpersteine sowie die weiteren Gedenktafeln an, mit denen an von den Nazis verfolgte und ermordete Bewohner*innen erinnert wird. Die hinter ihnen stehenden Personen stellen ein bleibendes Vermächtnis dar, dem die Mitglieder der Initiative „Hufeisern gegen Rechts“ sich verpflichtet fühlen. Jede von ihnen sollte hoffen dürfen, als Zeuge für den praktizierten Willen zum Frieden, für die Solidarität zwischen den Völkern, für die Notwendigkeit demokratischer Verantwortung und ihrer Erweiterung zu gelten und so in die positive soziale Tradition unserer Hufeisen- und Krugpfuhlsiedlung und ihrer Geschichte aufgenommen zu werden.

2. Werner Schaumann – sein Weg in die Reihen der Arbeiterbewegung

Werner Schaumann, geboren am 2. Februar 1908 in Berlin, wuchs in bürgerlichen Verhältnissen auf. Sein Vater besaß eine Gärtnerei und Samenhandlung, die Werner übernehmen sollte. So trat Werner nach seiner Schulzeit, die er erfolgreich mit dem Besuch eines Realgymnasiums abschloss, nicht das Studium an einer pädagogischen Hochschule an, um sich seinen Berufswunsch als Lehrer zu erfüllen, sondern erlernte gezwungenermaßen den Beruf eines Gärtners. In der Folgezeit führte diese Entscheidung immer wieder zu Auseinandersetzungen in der Familie, da Werner sich in dem Beruf nicht wohlfühlte und außerdem die Unterwerfung unter die Verfügung des Vaters als eigene Charakterschwäche empfand. 1931 entschloss sich Werner – gegen den väterlichen Willen, aber mit Unterstützung seiner Mutter – ein naturwissenschaftliches Studium an der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität aufzunehmen, das er allerdings 1935 aus finanziellen Gründen abbrechen musste. Der Vater hatte ihm jeglichen Geldzuschuss verweigert und der Mutter mit Konsequenzen gedroht, wenn diese den Sohn weiter unterstützen würde.

In der Folgezeit arbeitete er als ungelernter Arbeiter in einer Berliner Maschinenfabrik, danach bis zu seiner Verhaftung im Jahr 1942 bei der Berliner Baugenossenschaft, zunächst als Arbeiter. Später bildete er sich über den Besuch einer Abendschule zum Techniker fort und wurde schließlich zum Bauführer befördert.

Aus Protesthaltung gegenüber dem nationalkonservativen Vater besuchte Werner noch während der Lehrzeit Kurse der *Marxistischen Arbeiterschule* (MASCH)¹ und ließ sich dort für die *Internationale Arbeiterhilfe* (IAH)² anwerben. Beeinflusst wurde diese Hinwendung zur marxistisch ausgerichteten Arbeiterbewegung durch Helene Schulz, die im Geschäft von Werners

¹ Die Marxistische Arbeiterschule (MASCH) wurde 1925 von der KPD in Berlin gegründet. Sie verstand sich als eine am Marxismus orientierte überparteiliche Bildungseinrichtung, die nicht nur das Ziel hatte, Grundkenntnisse und aktuelle politische Fragen marxistischer Politik zu vermitteln, sondern als eine linke Volksuniversität auch andere Bereiche der Allgemeinbildung zu behandeln. Entsprechend entwickelte sie ein breit gefächertes Kursangebot mit Themen über Sozial- und Kommunalpolitik, Recht, Kultur, Künste, Literatur, Film, Radio, Fotografie, Theater, Musik, Naturwissenschaften, Medizin, Sport, Sexualität, Kinder, Erziehung, die Sowjetunion, Fremdsprachen, Psychoanalyse und Individualpsychologie, aber auch Rhetorik, Bibliothekswesen, Maschinenschreiben, Orthografie und Grammatik, Rechnen sowie Probleme von Frauen und Jugendlichen. Die Dozenten zeigten die Qualität der Kurse an. So konnte man unter ihnen Albert Einstein, Helene Weigel, John Heartfield oder Walter Gropius finden. Die MASCH hatte ihren Schwerpunkt in Berlin und besaß in allen Stadtteilen Lehrräume und Niederlassungen. Darüber hinaus bot sie auch Kurse zum Selbststudium mit entsprechendem Lernmaterial an. Mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten wurde die MASCH verboten. Siehe hierzu: Gabriele Gerhard-Sonnenberg: *Marxistische Arbeiterbildung in der Weimarer Zeit (MASCH)*, Köln 1976.

² Die IAH verstand sich als eine überparteiliche proletarische Hilfsorganisation zur Unterstützung von Arbeitern und deren Familien, die in besondere Notsituationen geraten waren.

Sie wurde 1921 zur Organisierung von internationalen Hilfsaktionen für die von Hungersnöten betroffenen großen Teile der russischen, weißrussischen und ukrainischen Sowjetrepubliken gegründet.

In der Folgezeit verlagerte die IAH ihren Schwerpunkt nach Deutschland. Ab 1924 zentral mit Sitz in Berlin organisiert, lag ihr neuer Schwerpunkt in der Unterstützung von streikenden Arbeitern und deren Familien durch die Verteilung von Lebensmitteln, Kleidung und Geld sowie die Einrichtung von Streikküchen. Trotz ihres überparteilichen Anspruchs entwickelte sie sich zunehmend zu einer Vorfelddorganisation der KPD, auch wenn sich ihr Erster Sekretär Willi Münzenberg entschieden gegen diese Entwicklung stemmte und eine vollständige Übernahme verhindern konnte. Finanziert wurden diese Aktionen durch großangelegte Geldsammlungen. Darüber hinaus betrieb die IAH eine umfangreiche politisch-kulturelle Arbeit. Sie gab mehrere Presseorgane heraus, u. a. eine der bedeutendsten illustrierten Wochenzeitschriften der Weimarer Republik, die „*Arbeiter-Illustrierte Zeitung*“ (AIZ). Außerdem besaß sie mit dem Neuen Deutschen Verlag einen eigenen Buch- und Broschürenvertrieb. Darüber hinaus organisierte sie Filmveranstaltungen, die schließlich zur Gründung eines eigenen Filmverleihs und einer eigenen Filmproduktionsfirma führte. Insgesamt entstanden unter der Regie der Prometheus-Film GmbH 14 Filme, der letzte von ihnen war der 1931/32 gedrehte Film von S. Dudow (Regie) und B. Brecht (Drehbuch) „*Kuhle Wampe*“.

Gegen Ende der Weimarer Republik besaß die IAH über 100.000 Mitglieder, die in ca. 900 Orts- und 500 Betriebsgruppen organisiert waren.

Nach der Errichtung der faschistischen Herrschaft wurde die IAH verboten und ihr Eigentum beschlagnahmt. Eine Reihe von IAH-Mitgliedern bemühte sich im Inland ebenfalls, den von der faschistischen Verfolgung betroffenen

Vater als Verkäuferin arbeitete, und ihrem Ehemann Günter Schulz. Mit beiden Personen blieb Werner bis zu seinem Tod freundschaftlich verbunden.³ In der MASCH lernte er seine erste Frau, die Jungkommunistin Hilde Bäcker, kennen. Neben den gemeinsamen Besuchen verschiedener MASCH-Kurse engagierten sie sich auch in der Jugendarbeit der IAH.⁴ Beide heirateten 1932 und bezogen in Friedrichshain in der Grünberger Str. 85 eine gemeinsame Wohnung.

Im selben Jahr traten beide in die KPD ein. Werner übernahm in Friedrichshain nicht nur die Leitung einer Gruppe der „Roten Jungpioniere“, der Kinderorganisation der KPD, sondern en-



Kursverzeichnis der MASCH, 1931

gagierte sich auch in der MASCH als Leiter von Kursen über marxistische Philosophie und Ökonomie. Die Kombination von Selbstschulung und pädagogischer Arbeit mit Erwachsenen und Kindern kam seinem ursprünglichen Berufswunsch als Lehrkraft recht nahe. Nicht nur das Eingehen auf die Fragen und Zweifel von Menschen, sondern auch die sorgfältige Vorbereitung von Lehrveranstaltungen und Aktivitäten unter Einschluss des Hinterfragens eigener Positionen waren prägend für die Entwicklung seiner Persönlichkeit. Ein weiterer wichtiger Aspekt für die spätere Haltung von Werner Schaumann lag in dem Umstand, dass in den MASCH-Kursen nicht nur überzeugte Kommunist*innen, sondern auch sozialdemokratische Mitglieder sowie Vertreter*innen bürgerlich-liberaler Positionen zu finden waren. Unterschiedliche Positionen in den Debatten zur Geltung kommen zu lassen und auch kritischen Stimmen Raum zu geben war im politischen

Kampf der von stalinistisch-autoritären Umgangsformen geprägten Kommunistischen Partei keine Alltagspraxis.

Auch die Arbeit in der IAH war geprägt von der Einbeziehung nichtkommunistischer Arbeiter*innen und deren Unterstützung. In den Suppenküchen für streikende Arbeiter*innen oder Mittellose spielten Mitgliedsausweise keine Rolle, in den Kulturveranstaltungen, der Abonnentenwerbung für die IAH-Zeitungen und bei den Spendensammlungen zur Finanzierung von Kinderheimen oder anderen Hilfsaktionen wurde ebenfalls nicht die politische Parteizugehörigkeit abgefragt. Es ging bei der IAH-Arbeit um die Schaffung von politisch breit angelegten Aktionen im Kampf gegen Not, Unterdrückung und Ausgrenzung. Daher überstand die IAH als eine der wenigen Organisationen, in denen ein starker kommunistischer Einfluss existierte, den Spaltungsmaßnahmen, die die KPD in vielen Arbeiterorganisationen im Zusammenhang mit ihrem Linksschwenk ab 1929 vorantrieb.

Die aufkommende wirtschaftliche Krise und die bürgerliche Politik der Krisenbewältigung unter Einschluss der Sozialdemokratie machte, so die Begründung der KPD für ihren Politikwandel, eine radikale Klärung der Frontlinie notwendig. Auf der einen Seite ständen die durch die

Antifaschisten und deren Familien durch illegale Sammlungen von Hilfsgeldern, gefälschten Ausweisen oder Beschaffung von Unterkünften beizustehen. Außerdem wurde versucht, gewisse Strukturen zu erhalten oder wieder aufzubauen. Auf diese Weise gelang es immer wieder mit Hilfe von Flugzetteln kleine, aber öffentlichkeitswirksame Kampagnen zugunsten inhaftierter Antifaschisten oder zur Veröffentlichung von faschistischen Mord- und Tattaten ins Leben zu rufen. Dadurch geriet auch die IAH stärker in den Fokus der Gestapo.

³ Vernehmungprotokoll Werner Schaumann vom 5.10.1942, in: Archiv des Museums Neukölln, Ordner Schaumann.

⁴ Siehe Lebenslauf von Hilde Schaumann, verfasst am 24.9.1955, in: Archiv des Museums Neukölln, Ordner Schaumann.

Kommunisten verkörperten revolutionären Kräfte, „auf der anderen Seite steht das Unternehmertum mit der Sozialdemokratie.“⁵ Der Parteivorsitzende Thälmann fasste die neue Taktik, in der es um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse im Kampf mit dem Reformismus gehe, unter der Parole zusammen: „Entweder Reformismus oder Kommunismus, ein Drittes kann es nicht geben.“⁶ Eigenständige revolutionäre Organisationen sollten die Arbeiter aus den mehrheitlich sozialdemokratischen Organisationen abwerben und diese dem Einfluss der Reformisten entziehen. Auf diese Weise wurde nicht nur die Spaltung der Gewerkschaften betrieben. Die Kommunisten schritten auch zur Gründung von eigenen Arbeitersportorganisationen, Arbeitergesangsvereinen, bei den Arbeitersamaritern, den Freidenkern usw., überall wurden eigene „rote“ Verbände ins Leben gerufen. Dass diese Strategie sich im Rahmen der IAH nicht durchsetzen konnte, hing auch mit der überragenden Rolle Willi Münzenbergs zusammen, der es verstand, immer wieder weit über die Kommunisten hinausgehende Aktivitäten und Kooperationen in die Wege zu leiten, obwohl diese der sektiererischen Linie der Kommunisten widersprachen.⁷

Ein Ergebnis dieser sektiererischen Politik der KPD bestand in der Aufstellung sogenannter „roter Betriebsräte“ auf eigenen, gewerkschaftsunabhängigen Listen sowie in der Auslösung von Streikkämpfen mit eigenen Streikleitungen ohne oder auch gegen die freien Gewerkschaften. Organisatorisches Rückgrat sollte der kommunistische Gewerkschaftsverband RGO, die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“, sein.⁸ Da die RGO bewusst einen niedrigen Mitgliederbeitrag erhob und über keine nennenswerten Geldreserven zur Streikunterstützung verfügte, organisierte die IAH häufig mit Lebensmittel- und Kleiderausgaben sowie finanziellen Nothilfen eine gewisse Unterstützung der Streikenden, die aber den Ab- oder Zusammenbruch der Streiks nur selten verhindern konnte. Die große Mehrheit der von der RGO geführten Streiks gingen verloren.⁹

1932 war Werner Schaumann von einer derartigen Unterstützungsaktion der IAH betroffen. Die Leitung der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) wollte 1932 die Möglichkeit der neu in Kraft getretenen Notverordnung nutzen, die es den Betriebsführungen ermöglichte, Lohnsenkungen vorzunehmen, die den Tariflohn bis zu 20 Prozent unterschreiten durften. Sie forderte eine Absenkung der Stundenlöhne bei den BVG-Arbeitern um 10 bis 17 Prozent. Nach langwierigen Verhandlungen zwischen der BVG und dem Vorstand des „Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs“ kam eine Einigung zustande, die eine Lohnsenkung von 2 Pfennigen/Stunde vorsah. Die Gewerkschaft ließ eine Urabstimmung über einen Streik gegen den Tarifvertrag durchführen, an der 84 % der 22.000 Beschäftigten teilnahmen. Lediglich 4.000 Beschäftigte stimmten für die Annahme des Tarifvertrags, 14.500, d. h. 78 % (aber nur knapp 66 % aller Beschäftigten), dagegen. Daraufhin erklärte die Gewerkschaftsleitung den Streik für abgelehnt und das



⁵ Fritz Heckert, Bericht über die Verhandlungen des 12. Parteitages der KPD, Berlin 1929, S. 6.

⁶ Ernst Thälmann, Bericht über die Verhandlungen des 12. Parteitages, a.a.O., S. 84

⁷ Zu Willi Münzenberg siehe: Babette Gross, Willi Münzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart 1967.

⁸ Siehe hierzu: Steffen Lehndorff, Wie kam es zur RGO?, Ffm. 1975.

⁹ August Enderle, Heinrich Schreiner, Jakob Walcher, Eduard Weckerle, Das rote Gewerkschaftsbuch, Berlin 1932, S. 140f.



Ergebnis als angenommen, da „die an der Beschäftigtenzahl errechnete satzungsmäßige Dreiviertelmehrheit nicht gegeben“ war.¹⁰ Daraufhin rief die RGO trotzdem zum Streik auf. In der Folge bildete sich eine Streikleitung, die aus Kommunisten, Sozialdemokraten, Unorganisierten und Nationalsozialisten bestand. Der Streik dauerte drei Tage. Den Streikenden gelang es zunächst, trotz massiven Polizeieinsatzes gegen die Streikpos-

ten, den Betrieb der BVG fast vollständig still zu legen. Es gab massive Unterstützung aus der Bevölkerung. Die IAH betrieb eine Kampagne zur Unterstützung der Streikenden, sammelte Geld und baute in der Nähe der BVG-Betriebsdepots ihre Suppenküchen auf. Der Streik spitzte sich weiter zu. Die bürgerliche Presse nahm geschlossen gegen die Streikenden Stellung. Die Gewerkschaften distanzieren sich von dem Streik. Die Polizei erschoss drei Streikposten. Als die Streikfront am dritten Tag Zerfallserscheinungen zeigte, zogen die Nazis ihre Mitglieder aus der Streikleitung zurück. Am 7. November, dem vierten Tag des Streiks, brach die Streikleitung den Kampf ab.

Die Niederlage hatte nicht nur für die Streikenden z. T. gravierende Folgen. So wurde einer Reihe von Aktivisten gekündigt. Auch die Unterstützer außerhalb des Betriebes wurden staatlicherseits belangt. Werner Schaumann hatte sich an der Kampagne der IAH zur Unterstützung des BVG-Streiks aktiv beteiligt und in Friedrichshain und Kreuzberg auf der Straße Geldsammlungen durchgeführt. Wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses und Belästigung von Straßenpassanten wurde er zu einer Geldstrafe von 20 RM verurteilt.¹¹

3. Im Untergrund für die IAH

Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 war für Werner und Hilde Schaumann die Fortsetzung ihrer politischen Arbeit in der bisherigen Form nicht mehr möglich. Da Werner mittlerweile in die Leitung der Friedrichshainer IAH-Gruppe gewählt worden war, gab er zunächst die Gruppenleitung bei den „Roten Jungpionieren“ ab. Die Arbeit in der MASCH musste eingestellt werden, es gab kein Kursangebot mehr, nachdem die Nazis die Räume und den Besitz beschlagnahmt hatten. Die heterogene Zusammensetzung der Teilnehmer*innen sprach aus Sicherheitsgründen gegen eine konspirative Fortführung der Treffen. Seine in der MASCH, vor allem im Rahmen seiner Kursleitertätigkeit erworbenen Kenntnisse wollte er nun auf einer anderen Ebene nutzen, nämlich innerhalb der Berliner IAH.

So organisierte er mit seiner Frau Hilde im Rahmen der illegal arbeitenden IAH im Bezirk Friedrichshain Spendensammlungen zur Unterstützung von verfolgten und verhafteten Genoss*innen und deren Familienangehörigen. Gleichzeitig regte er Schulungsabende in überschaubaren Kreisen mit ihm zuverlässig erscheinenden IAH-Mitgliedern an.¹² In diesem Rahmen lernte er auch den Kommunisten Hans-Georg Vötter kennen. Vötter gehörte zusammen mit Erich Rutha, Karl Wegner und zwei weiteren Funktionären der Leitung des IAH-Bezirks

¹⁰ Franz Josef Furtwängler, ÖTV – Geschichte einer Gewerkschaft, Stuttgart 1955, S. 564.

¹¹ Vernehmungsprotokoll von Werner Schaumann vom 23.5.1942, in: Archiv des Museums Neukölln, Ordner Schaumann.

¹² Hilde Schaumann, Maschinenschriftlicher Abriss des politischen Lebens von Werner Schaumann, Archiv des Deutschen Historischen Museums.

Berlin-Brandenburg an, die unter schwierigen Bedingungen versuchte, die IAH in dem Bezirk zusammenzuhalten. Bis in den Mai 1933 hatten sie ihre Besprechungen im alten IAH-Büro in der Ritterstraße durchgeführt. Nach der Schließung durch die SA waren sie auf Gaststätten ausgewichen oder hielten Straßenzusammenkünfte ab, bei denen die politische Situation und die Nachrichten aus der Reichsleitung besprochen wurden.¹³

Vötter begrüßte die Bildungsinitiative von Werner Schaumann und sagte ihm Unterstützung zu.¹⁴ Im Rahmen dieser Zirkeltätigkeit freundeten die beiden Kommunisten sich nicht nur an, sondern begannen auch gemeinsam kurze Flugblätter mit Informationen über aktuelle Terrormaßnahmen von SA und Gestapo gegenüber Andersdenkenden zu verfassen. Die Informationen bezogen sie vor allem über ausländische Sender, die sie bei ihren Treffen gemeinsam abhörten, und aus IAH-Materialien, die aus Prag über einen Instrukteur nach Berlin gebracht wurden.¹⁵ Die Vervielfältigung und das Papier besorgte Hans-Gorg Vötter an seinem Arbeitsort in der Druckerei Künnemann in der Uhlandstraße 31, ob mit oder ohne Wissen der Geschäftsinhaberin und der Kollegen konnte die Gestapo im Rahmen ihrer späteren Untersuchungen nicht ermitteln. Entsprechende Befragungen endeten erfolglos.¹⁶ In seiner späteren Vernehmung durch die Gestapo erklärte Vötter, er habe die Arbeit während der Mittagspausen, in denen die anderen Beschäftigten nicht in der Werkstatt zugegen waren und vor Arbeitsbeginn bzw. nach Arbeitsschluss erledigt. Letzteres war ihm möglich, da er als langjähriger Beschäftigter einen Schlüssel für den Betrieb besaß. Das Papier habe er dem Papierausschuss entnommen, so dass niemandem die illegale Herstellung aufgefallen sei. In gleicher Weise habe er ca. 500 Spendenmarken für die IAH hergestellt.¹⁷

Im Laufe der Zeit vergrößerte sich der Kreis der Mitarbeiter an den Flugschriften. Die Kommunisten Joachim Franke und Hans-Georg Mannaberg, dessen Mutter eine Druckerei besaß, kamen hinzu, auch Karl Kunger, Leiter einer KP-Betriebsgruppe in Treptow, schloss sich an.¹⁸ Die Belastung der illegalen Arbeit nahm für die einzelnen Mitglieder ein immer größeres Ausmaß an. Dies hing auch damit zusammen, dass die Berliner Kommunisten ihre Arbeitsweise veränderten. Zunächst hatten sie den Machtantritt der Nazis zwar als einen Rückschlag, aber nicht als Niederlage angesehen. So erklärte Wilhelm Pieck noch im Dezember 1933: „Die faschistische Diktatur wurde aufgerichtet gegen eine unbesiegte Arbeiterklasse, die zwar vorübergehend zurückwich, aber sich wieder zum Angriff sammelt.“¹⁹ Entsprechend offensiv trat die KPD auf, in völliger Unterschätzung der Entschlossenheit der Nazis und in völliger Überschätzung der eigenen Stärke und der Bereitschaft der Arbeiter, den Aufrufen der KPD zu folgen. Die Erfolge von öffentlichen Aktionen, Aufrufen zu Demonstrationen, Kundgebungen, Sprechchören usw. waren

Nazis bei den Kommunisten.

Kommunistenführer in Schutzhaft genommen.

„Wie wir erfahren, ist der hier wohnende, der Kommunisten Partei angehörende Rechtsanwalt Dr. Samler gestern durch die politische Polizei in polizeiliche Schutzhaft genommen worden.“

Vier Zentner Plakate beschlagnahmt.

„Gestern nachmittag in der 17. Stunde konnten in der Mikschewitzstraße bei einem dort wohnhaften Kommunisten angehörender Zentner Plakate und Broschüren aufgefunden werden, deren Inhalt durch die Kriminalpolizei beschlagnahmt werden, noch ehe sie in Stadt und Land zur Verteilung gelangen konnten. Die Broschüren waren durch ein Plakat“

¹³ Hans-Rainer Sandvoß, Die „andere“ Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin 1933 bis 1945, Berlin 2007, S. 341. Siehe auch Vernehmungsprotokoll Hans-Georg Vötter vom 4.7.1935, in: Archiv des Museums Neukölln, Ordner Vötter.

¹⁴ Siehe: Maschinenschriftlicher Abriss von Hilde Schaumann über ihre politische Tätigkeit in der Zeit des NS, Archiv des Deutschen Historischen Museums.

¹⁵ Es handelte sich hierbei um den unter den beiden Decknamen „Heinz“ und „Franz“ arbeitenden Alfred List. Siehe Vernehmungsprotokoll Hans-Georg Vötter vom 4.10.1935, in: Archiv des Museums Neukölln, Ordner Vötter.

¹⁶ BArch, R 58/3672.

¹⁷ Vernehmungsprotokoll von Hans-Georg Vötter vom 4.7.1935, a.a.O.

¹⁸ Margot Pikarski, Jugend im Berliner Widerstand, Berlin 1978, S. 64.

¹⁹ Wilhelm Pieck, Wir kämpfen für ein Rätedeutschland, XIII. Plenum des EKKI 1933, Bericht über die Tätigkeit der KPD, Moskau-Leningrad 1934, S. 26.

mehr als bescheiden, die damit verbundenen Verluste durch Verhaftungen allerdings hoch. Immer wieder gelang es der Gestapo, die Leitungen der KPD zu zerschlagen und die Strukturen der Partei nachhaltig zu beschädigen.²⁰ Nachdem es der Gestapo zum vierten Mal gelungen war, die Berliner KPD-Bezirksleitung zu verhaften, entschlossen sich die Kommunisten 1934, die Arbeit stärker auf andere, ihnen nahestehende Organisationen zu verlagern. Die roten Sportler, die „Rote Hilfe“, aber auch die IAH sollten nun verstärkt in die illegale Propaganda eingebunden werden.

Die verstärkten Aktivitäten der IAH in Friedrichshain, Lichtenberg und Neukölln blieben der Gestapo nicht verborgen. So kam es 1934 zu mehreren Wohnungsdurchsuchungen bei Schaumanns in der Grünberger Str. 85. Zwar fand die Gestapo keine Beweise für die illegale Arbeit des Ehepaars, doch es wuchs die Befürchtung, dass dieses nur noch eine Frage der Zeit sei, bis die ständige Beobachtung und Kontrolle den Nazis entsprechende Indizien liefere.²¹

Auch von Hans-Georg Vötter wurde die Wohnung als unsicher und für die weitere Widerstandsarbeit als untauglich eingeschätzt. So zogen Hilde und Werner Schaumann in die Talberger Straße 10i um, einem Reihenhaus in der Großsiedlung Britz, das Hans-Georg Vötter angemietet hatte und in dem er mit seiner Frau Charlotte und Tochter Gisela wohnte.²²

Doch die illegale Arbeit und die ständige Bedrohung, einer Überwachung zum Opfer zu fallen, zehrten an den Nerven der beiden Eheleute. Während Werner mit den finanziellen Zuschüssen seiner Mutter weiterhin studierte, wurde Hilde arbeitslos und ging nun völlig in ihrer Arbeit für die IAH auf. Zwar wohnte man noch gemeinsam in der Talberger Straße, doch von einem Familienleben konnte keine Rede mehr sein.

Nachdem Hans-Georg Vötter eine einwöchige Schulung in der CSR zur Qualifizierung der IAH-Arbeit im Bezirk Berlin-Brandenburg aus beruflichen Gründen im Februar 1935 nicht antreten konnte, empfahl er Hilde Schaumann als Aktivistin für diese Ausbildungsmaßnahme. Neben Hilde Schaumann nahmen u. a. auch Charlotte Vötter, Karl Kunger und Joachim Franke an der achttägigen Schulung in Petschau teil. Nach ihrer Rückkehr berichtete Hilde der IAH-Bezirksleitung, dass eine Kampagne zur Solidarität mit den politischen Gefangenen mit internationalem Charakter ins Leben gerufen werden solle.²³ Hilde sollte nun die Aufgabe eines Instruktors für zwei Berliner Bezirke übernehmen.²⁴

In der Zwischenzeit hatte Werner Schaumann Kontakt zu ehemaligen Mitgliedern des Kommunistischen Jugendverbandes (KJVD) hergestellt und mit ihnen einen Schulungskreis gegründet. Neben dem in der Hufeisensiedlung wohnenden Kurt Gossweiler gehörten dem Kreis Lotte Siebers, Rudi Krölke, Franz Paul Sbrisny, Werner Steinbrinck, Hilde Jadamowitz, ein gewisser „Peter“ und Elfriede Topp an.²⁵ Die Gruppe beschäftigte sich vornehmlich mit marxistischen Klassikern, da Werner Schaumann davon ausging, ein intensives theoretisches Wissen sei eine wesentliche Voraussetzung, um auf der Grundlage eines gefestigten Standpunktes dem Verfolgungsdruck als oft isolierter illegaler Widerstandskämpfer standhalten zu können. Außerdem



Hilde Schaumann ca. 1934

²⁰ Siehe hierzu: Wilhelm Pieck, Erfahrungen und Lehren der deutschen Parteiarbeit im Zusammenhang mit den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der KI, in: Die Brüsseler Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, hrsg. von Klaus Mammach, Ffm. 1975, S. 132f.

²¹ Siehe Lebenslauf von Hilde Schaumann, verfasst am 24.9.1955, a.a.O.

²² Udo Gößwald, Barbara Hoffmann (Hrsg.), Das Ende der Idylle?, Hufeisen- und Krugpfuhlsiedlung in Britz vor und nach 1933, Berlin 2013, S. 371 u. 373.

²³ Vernehmungsprotokoll Hans-Georg Vötter vom 30.9.1942, in: Archiv des Museums Neukölln, Ordner Vötter.

²⁴ LAB, C Rep. 118-01, Nr. 8866.

²⁵ Vernehmungsprotokoll Werner Schaumann vom 8.6.1942, in: Archiv des Museums Neukölln, Ordner Schaumann.

müsse ein jeder in der Lage sein, die alltäglichen Informationen zu analysieren, den Kern von der Propagandahülle zu entkleiden und ihn in als Teil eines realistischen, marxistisch ausgerichteten Gesamtbildes der politischen Lage zu verwenden.

In der Folgezeit lebte sich das Ehepaar weiter auseinander. Während Hilde eine Beziehung zu Karl Kunger einging, freundete sich Werner mit der sieben Jahre jüngeren Elfriede Topp an. Als Folge dieser Entwicklung kam es zur Trennung und Hilde zog im August 1935 aus der Talberger Straße in die Neue Bahnhofstraße 31 um. Ein Jahr später wurde die Ehe zwischen Werner und Hilde Schaumann offiziell geschieden.²⁶

Die Trennung berührte die politische Zusammenarbeit jedoch nicht. Im Gegenteil, die IAH-Aktivitäten wurden weiter vorangetrieben. Um die Gruppe zu stärken wurden zwei Mitglieder aus dem neuen Schulungskreis integriert, Werner Steinbrinck und Kurt Gossweiler.²⁷ Außerdem kam mit dem Schriftsetzer Alfons Nicke ein weiteres IAH-Mitglied hinzu, das über viel Erfahrung verfügte.²⁸ Ein Schwerpunkt neben der Unterstützung von im Untergrund lebenden Widerstandskämpfer*innen und den Familien von verhafteten oder ermordeten Genossen sah der Kreis um Vötter, der mittlerweile die Rolle des Bezirksleiters übernommen hatte, in der Reorganisation des IAH-Bezirks Berlin-Brandenburg.²⁹ Zu diesem Zweck sollte eine möglichst große Anzahl von Mitgliedern und Sympathisanten versammelt werden. Mit dieser Versammlung beabsichtigte die Gruppe, die Vereinzelung vieler ehemals Aktiver zu durchbrechen, Solidarität erfahrbar werden zu lassen, ihnen Mut zuzusprechen und eine Orientierung zu geben. Als Folge dieser Versammlung wollte die Gruppe eine Organisationsstruktur für den Bezirk aufbauen, die aus kleinen Zellen bestehen sollte. Die Koordination dieser Widerstandszellen sollte die Bezirksleitung übernehmen. Die Gruppe war sich durchaus der Gefahr bewusst, die eine große Versammlung der illegal Arbeitenden für die Organisator*innen und die Teilnehmer*innen haben konnte. Unbedachte Äußerungen und das von den Nazis ausgelegte breite Spitzelnetz konnten schnell zum Fallstrick werden und die bisherige Aufbauarbeit zunichtemachen. Doch die Mehrheit war der Meinung, dass das Risiko eingegangen werden müsse, um der wachsenden Resignation entgegenzuarbeiten. Vötter besprach diesen Vorschlag mit den anderen Bezirksleitungsmitgliedern, die zu dem Schluss kamen, die Idee sei grundsätzlich richtig, aber um das Risiko in vertretbaren Grenzen zu halten, solle man an einem Tag verschiedene Versammlungen an unterschiedlichen Orten in überschaubaren Größen mit einem zentralen Thema durchführen. *„Die einzelnen Gruppen und Bezirke sollten getrennt in verschiedenen Umgebungen der Ausflugsorte von Berlin sich zu Familienfesten zusammenfinden, um so der Polizei keine Möglichkeit zu geben, evtl. dagegen einzuschreiten, bzw. auch Verrat von dritten Personen zu verhindern.“*³⁰ Diese Aktion könne man mit der geplanten Solidaritätskampagne für die politischen Gefangenen verbinden. Aus diesem Grund wurde als Termin für diese Versammlungen der Internationale Solidaritätstag am 23. Juni 1935 ausgewählt.³¹ Auch wenn die Kürze der Vorbereitungszeit eine intensive Diskussion behinderte, hielt die Bezirksleitung den Termin für unaufschiebbar, da sie befürchtete, dass eine derartige Gelegenheit nicht so schnell wiederkommen und jeder weitere Monat Verzögerung einen weiteren Zerfall der IAH-Gruppen nach sich ziehen würde.³² Wie aus Berichten hervorgeht, war die Lage der Berliner IAH katastrophal. Rückblickend umriss Vötters damaliger Genosse in der IAH-Bezirksleitung Erich Rutha den Zustand des Bezirks: *„Genosse Dornberger wurde (im Herbst 1933 – d. V.) verhaftet, als Ersatz kam dann der Genosse Stein aus der CSR. 1934 wurde auch der Genosse Fuchs verhaftet. Ich nahm dann die Verbindung mit dem Genossen Gyptner in Saarbrücken auf,*

²⁶ Siehe Lebenslauf von Hilde Schaumann, verfasst am 24.9.1955, a.a.O.

²⁷ Siehe Kurt Gossweiler zum 95. Geburtstag, Fragen zur illegalen Arbeit als Jungkommunist und zum Übertritt auf die Seite der Roten Armee, in: Kommunistische Arbeiterzeitung, Dezember 2012, S. 40.

²⁸ Udo Gößwald, Barbara Hoffmann (Hrsg.), Das Ende der Idylle?, a.a.O., S. 374.

²⁹ Vernehmungsprotokoll von Hans-Georg Vötter vom 4.7.1935, a.a.O.

³⁰ Vernehmungsprotokoll von Hans-Georg Vötter vom 4.7.1935, a.a.O.

³¹ Ebenda.

³² Ebenda.

musste auch einmal nach Paris zum Genossen Münzenberg und dem Genossen Birkenhauer. Ende 1934 waren unsere letzten Abziehapparate und Schreibmaschinen hochgegangen. Es wurde beschlossen, die Zeitung ‚Solidarität‘ weiter in Prag herauszugeben. Ich fuhr dorthin und organisierte die Herausgabe. In Verbindung damit schickten wir auch ‚Gegenangriff‘ und AIZ nach Deutschland. Im März 1935 fand in Petzer (Riesengebirge) ein Kurs für deutsche IAH-Funktionäre statt. (...) Danach kehrte ich nach Deutschland zurück. Ende 1935 wurde die IAH liquidiert und die aktiven Mitglieder in die Partei überführt.“³³



der Druckerei Künnemann, ohne Wissen des Besitzers.³⁴ Nach Vötters Verhaftung fand die Gestapo einen „Bürstenabzug (...), dessen

Illegale Zeitung der IAH zum Internationalen Solidaritätstag 1935

Text und Typenverwendung mit dem Aufruf der I.A.H. zum Internationalen Solidaritätstag am 23. Juni genau übereinstimmte.“³⁵ Die letzte Seite der Zeitschrift fasste noch einmal die Forderungen der einzelnen Artikel zusammen: „Gegen faschistischen Terror, gegen Renten- und Unterstützungsraub, gegen nationalsozialistischen Wohlfahrtsschwindel, gegen Arbeitsdienst- und Zwangsarbeit, gegen faschistische Kriegshetze. Für ausreichende Sozialversicherung, für ausreichende Löhne und Unterstützungen. Für die Befreiung Ernst Thälmanns und aller politischen Gefangenen.“³⁶

Die Versammlung fand wie vorgesehen statt und schien ein voller Erfolg zu sein. Nach Hilde Schaumann fuhr die Gruppe um 6 Uhr morgens in Britz los. Am Stettiner Bahnhof trafen sie weitere Personen, mit denen sie gemeinsam mit der Bahn bis Melchow fuhren. Dort erwarteten sie weitere Männer, Frauen und auch Kinder. Zusammen wanderte die Gruppe, die inzwischen auf ca. 30 Personen angewachsen war, zum Versammlungsort im Grusegrund. Der Vormittag wurde mit Kinderspielen, Baden in einem nahegelegenen See, Gesang sowie privaten Unterhaltungen bei Kaffee und Broten verbracht.

Da die Örtlichkeit unverdächtig und gut abzuschern sein musste, kam eine Lokalität in Berlin nicht infrage. Die einzuladenden Teilnehmer*innen sollten als Wandergruppen und Einzelwanderer in das Umland fahren und zum Versammlungsplatz wandern.

Bei der Suche nach einem geeigneten Ort fiel die Wahl für die von der Britzer Gruppe zu organisierende Versammlung auf den Grusegrund im Melchower Wald, ein beliebtes Ausflugs- und Wanderziel, das aus verschiedenen Richtungen erwandert werden konnte, z. B. von Melchow oder von Biesenthal, beides Brandenburger Kleinstädte, die mit der Eisenbahn von Berlin gut zu erreichen waren.

Als Vorbereitung und zur Mobilisierung verfassten Vötter und Schaumann eine kleine Zeitung, in der zur Solidarität mit den politischen Gefangenen, zum Kampf gegen Kriegsgefahr, Hunger und Faschismus sowie zum Sturz der faschistischen Diktatur aufgerufen wurde. Gedruckt wurde sie in einer Auflage von 150 Exemplaren von Hans-Georg Vötter an seinem Arbeitsplatz in

³³ Erich Rutha, Bericht über seine Widerstandstätigkeit in der IAH, LAB, C Rep. 118-01 / A 7500 (Erich Rutha)

³⁴ Vernehmungsprotokoll von Hans-Georg Vötter vom 4.7.1935, a.a.O.

³⁵ BArch, R 58/3672

³⁶ Zit. nach: Margot Pikarski, Jugend im Berliner Widerstand, a.a.O., S. 64.

Gegen Mittag sei „Heinz“ (Alfred List) von Vötter geholt worden. Er habe wohl vorher ein anderes illegales Treffen einer ihr nicht bekannten IAH-Gruppe besucht. Heinz habe dann eine Rede über die Notwendigkeit, die proletarische Einheitsfront gegen den Faschismus mit Hilfe der IAH herzustellen und für die Befreiung der politischen Gefangenen, vor allem von Ernst Thälmann, zu kämpfen. Anschließend habe die ganze Gruppe sich so aufgestellt, dass sie die Buchstaben IAH gebildet hätten. Heinz und ein weiterer Teilnehmer hätten ein



Werner und Hilde Schaumann (3. und 4. von links)

Transparent zum Solidaritätstag entrollt und Alfons Nicke habe mehrere Fotos gemacht.³⁷ Dann seien sie nach Melchow zurückgewandert, wo sie im Bahnhof Kaffee getrunken und eine weitere IAH-Gruppe getroffen hätten, die in der Nähe des Hellsees eine ähnliche Kundgebung durchgeführt hätte. Auch an ihr habe Alfred List als Redner teilgenommen.³⁸ Aus der Anklageschrift beim Volksgerichtshof vom 26.3.1936 gegen den Organisator, den politischen Leiter des IAH-Unterbezirks Reinickendorf Georg Richter, der zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, geht hervor, dass es sich um etwa 90 Teilnehmer*innen gehandelt habe. Ein Aktivist namens „Franz“ (weiterer Deckname von Alfred List) habe geredet und daran erinnert, dass an diesem Tag in der ganzen Welt für die Befreiung Thälmanns demonstriert werde. Nur organisiert könne ein Druck entfaltet werden, der die Faschisten beeindrucke. Deshalb müsse die IAH gestärkt werden und in der Öffentlichkeit gezeigt werden, dass es Widerstand gegen die Nazis gebe. *„Sodann wurden die Teilnehmer durch den Schriftsetzer Alfons Nicke fotografiert, wobei sie sich um ein Transparent in der Weise lagerten, dass die Buchstaben IAH gebildet wurden. Während der Veranstaltung wurden kommunistische Lieder auf Schallplatten gespielt, von denen der Angeschuldigte nach Schluss der Zusammenkunft einige mit nach Hause nahm.“*³⁹

Die Fotos sollten mit einem Bericht über die verschiedenen Versammlungen in einer im Ausland gedruckten IAH-Zeitung veröffentlicht werden, um die Existenz der IAH und ihren Widerstand in Berlin anlässlich des Internationalen Solidaritätstages zu dokumentieren.⁴⁰

Doch wie befürchtet befanden sich unter den Teilnehmer*innen nicht nur Antifaschisten, sondern auch Spitzel der Gestapo. Am 1.7.1935 wurde Vötter als Verantwortlicher in seiner Wohnung verhaftet, nachdem die Gestapo mehrere Stunden das Haus beobachtet hatte, in der Hoffnung, Vötter würde an diesem Tag Kontakt mit anderen Bezirksleitungsmitgliedern aufnehmen.⁴¹

Kurz darauf erfolgte die Festnahme von Alfons Nicke. Am 17. Dezember 1935 wurden beide vom Volksgerichtshof wegen illegaler Tätigkeit für die IAH und Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt, Vötter zu fünf Jahren Zuchthaus, die er im Zuchthaus Luckau verbrachte, und Nicke zu 2 Jahren Gefängnis, die er in Tegel verbüßte.⁴² Trotz „verschärfter Vernehmungen“ blieben Vötter und Nicke standhaft und weigerten sich Namen und Verbindungen zu nennen. So blieb Werner Schaumann von der Verhaftung verschont, auch deshalb, weil er während der Veranstaltung selber nicht als Redner oder Organisator öffentlich in Erscheinung getreten war. Auch

³⁷ Vernehmungsprotokoll von Hilde Schaumann vom 12.6.1942, a.a.O.

³⁸ Vernehmungsprotokoll von Hans-Georg Vötter vom 4.7.1942, a.a.O.

³⁹ Zit. nach Hans-Rainer Sandvoß, Die „andere“ Reichshauptstadt, a.a.O., S. 344.

⁴⁰ Vernehmungsprotokoll von Hans-Georg Vötter vom 16.7.1935, in: Archiv des Museums Neukölln, Ordner Vötter.

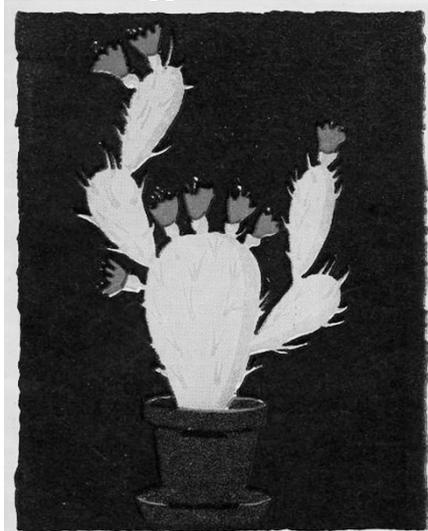
⁴¹ Vernehmungsprotokoll von Hans-Georg Vötter vom 4.7.1935, a.a.O.

⁴² Hans-Rainer Sandvoß, Die „andere“ Reichshauptstadt, a.a.O., S. 344.

Charlotte Vötter und Hilde Schaumann wurden nach kurzer Untersuchungshaft aus Mangel an Beweisen wieder entlassen. Allerdings waren im Zusammenhang mit der Verhaftung von Georg Richter am 8. Oktober 1935 etwa 25 weitere Teilnehmer*innen einer zweiten Versammlung im Melchower Wald, die am Großen Samithsee stattgefunden hatte, von der Gestapo gefangen genommen.⁴³

Da Werner Schaumann befürchtete, dass die Gestapo ihn überwachen ließ, reduzierte er seine politischen Kontakte auf den kleinen Kreis der Britzer Gruppe.

Neben Karl Kunger, Kurt Gossweiler, Werner Steinbrinck und Hans-Georg Mannaberg gehörten der Gruppe Charlotte Vötter, ihre Freundin und die ebenfalls im Treptower Werk der AEG



Wie unsere
KAKTEEN
Tarnschrift der KPD mit der Resolution der Brüsseler Parteikonferenz der KPD 1935

beschäftigte Physikerin Dr. Helene Schlesinger, der ehemalige Leiter der IAH in Tiergarten Erich Corvey, Joachim Franke, Hilde Schaumann und Elfriede Topp an.⁴⁴ Die Gruppentreffen bestanden im Wesentlichen aus Diskussionen über die aktuelle Lage und die Perspektiven, als Oppositionelle unter der faschistischen Herrschaft überleben zu können, ohne das Gesicht zu verlieren. Man hörte gemeinsam ausländische Sender, um sich zu informieren und wertete die gleichgeschaltete Presse auf der Grundlage der Radioinformationen aus. Doch ein Jahr später ging man dazu über, organisierte Schulungen zu betreiben. Gelesen und diskutiert wurden marxistische Grundlagentexte, z. B. ökonomische Schriften von Karl Marx und Lenins „*Staat und Revolution*“, aber auch illegal als Tarnschriften versehene Veröffentlichungen der KPD, wie z. B. Reden und Materialien der Brüsseler Konferenz. Hier war es vor allem Werner Schaumann, der die Vorbereitung und Leitung der Schulungen übernahm.⁴⁵

Ende 1935 stellte Werner Steinbrinck dem Kreis seine Freundin Hilde Jadamowitz vor, die in den folgenden Monaten unregelmäßig an den Treffen teilnahm. Außerdem stießen das befreundete Ehepaar Günther und Helene Schulz zum Kreis der Widerstandsgruppe. Vor allem durch die Anwesenheit dieses befreundeten Ehepaars wurde Elfriede ermutigt, sich an der Schulungsvorbereitung und -durchführung zu beteiligen und sich mit ihren Überlegungen stärker in die Gruppe einzubringen.

4. Kameradin Elfriede Schaumann, geb. Topp

Elfriede („Friedel“) Schaumann wurde am 19. August 1915 als Tochter des Bauarbeiters Bernhard Topp und der Dienstmagd Mathilde Topp, geb. Vonthien, in Malchin/Mecklenburg geboren. Noch vor Kriegsende siedelte die Familie 1918 nach Berlin-Neukölln in die Heidelberger Straße 36 um. Hier wuchs Elfriede Topp auf, besuchte die Volksschule und arbeitete anschließend zwei Jahre als Hausangestellte. Von 1931 bis 1934 gehörte sie zum Heer der Arbeitslosen. In dieser Zeit trat sie dem Arbeitersportverein (ASV) „*Fichte-Berlin*“ bei, in dem sie sich vor allem in der Wandersparte engagierte. „*Fichte-Berlin*“ verstand sich nicht als reiner Sportverein, sondern als Teil einer politischen Bewegung, die sich gesellschaftsverändernd im Sinne des Sozialismus betätigte. Zu dem Sportverein gehörten daher auch eigene Agitpop- und Musik-Gruppen, die auf Kundgebungen der linken Parteien, vor allem der KPD und ihrer Organisationen, auftraten. Mit Kursen, Veranstaltungen und der eigenen Zeitschrift „*Kampfgenosse*“ wurden politische und kulturelle Fragen diskutiert, aber auch Kenntnisse über Hygiene und

⁴³ Hans-Rainer Sandvoß, *Widerstand in Pankow und Reinickendorf*, Berlin 2009, S. 135.

⁴⁴ Vernehmungsprotokoll Werner Schaumann vom 8.6.1942, in: Archiv des Museums Neukölln, Ordner Schaumann.

⁴⁵ Ebenda.

Sexualität vermittelt. Als eine Organisation, die sich um den internationalen Austausch mit Arbeitersportlern anderer Nationen, vor allem der Sowjetunion, bemühte, verstand sich „Fichte“ auch als Teil der antifaschistischen Bewegung und beteiligte sich aktiv an Abwehrkämpfen zur Verteidigung der „roten



Lager einer Fichte-Wandergruppe

Kieze“ gegen dortige Naziaufmärsche.⁴⁶ Als Arbeitslose beteiligte Elfriede sich nicht nur an Demonstrationen und Kundgebungen der KPD und der „Antifaschistischen Aktion“⁴⁷, sondern auch an Solidaritätsaktionen für streikende Arbeiter. In diesem Zusammenhang trat sie der „Internationalen Arbeiterhilfe“ (IAH) bei.

Der politische Anspruch vieler Mitglieder des Sportvereins wird auch daran deutlich, dass sie sich dem Vereinsverbot der Nationalsozialisten nicht tatenlos unterwarfen. Nachdem die Nationalsozialisten unmittelbar nach dem Reichstagsbrand die Auflösung des ASV „Fichte“ verfügt hatten, trafen sich viele Sport- und Wandergruppen weiterhin. Entsprechend der Linie der KPD, in den Arbeitervierteln weiterhin die Existenz und Widerstandskraft der Kommunisten zu demonstrieren, wurden Mal- und Flugblattaktionen organisiert und in Sprechchören auf den Hinterhöfen antifaschistische Parolen skandiert. Der ehemalige Fichte-Sportler Richard Seiffert berichtete 1981 aus dieser Zeit. „Den 1. Mai 1933 feierten wir Arbeitersportler der Fichte-Wandersparte in der Jungfernheide, auf einem Freigelände der Kolonie Mäckeritzwiesen. Unter uns Fichte-Sportlern blieben die Kontakte auch nach dem Verbot erhalten. So kamen wir 1934 (wahrscheinlich bei Strausberg) zusammen, zwischen 120-130 Menschen. Im Moränenweg stellten wir Flugblätter her, die im Rahmen einer geplanten Aktion von einer kleinen Gruppe von uns am Hellsee bei Bernau (einem beliebten Sportler-Treffpunkt) verbreitet wurden.“⁴⁸ Wegen der Teilnahme an derartigen Aktivitäten des ASV „Fichte“ wurde Elfriede Topp 1934 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ von der Nazi-Justiz angeklagt. Diese warf ihr vor, an der Verbreitung von antifaschistischen Schriften beteiligt gewesen zu sein. Das Berliner Kammergericht musste sie jedoch aus Mangel an Beweisen freisprechen.⁴⁹

In der Folgezeit qualifizierte sich die ungelernete Arbeiterin über Abendkurse zur Stenotypistin, eine Tätigkeit, die sie bis 1941 ausübte. 1934 lernte Elfriede Topp über Hilde Jadamowitz den 7 Jahre älteren Kommunisten Werner Schaumann kennen, der gerade eine Beziehungskrise mit seiner Frau Hilde Schaumann durchlebte.

Die illegalen Zusammenkünfte, der vorsichtige Umgang mit Informationen und die ständige Gefahr, durch einen Fehler der Gestapo in die Hände zu geraten und die Notwendigkeit des gegenseitigen tiefen Vertrauens führten in den illegalen Widerstandsgruppen häufig zu emotionalen Bindungen, die sich bei räumlichen Trennungen oft wieder auflösten. Daher war es

⁴⁶ Zum ASV „Fichte“ siehe: Hans Joachim Teichler, Gerhard Hauk (Hrsg.): Illustrierte Geschichte des Arbeitersports, Berlin 1987.

⁴⁷ Von der KPD im Mai 1932 gegründete Selbstschutzorganisation gegen den erstarkten Straßenterror der Nazis, die zwar den Anspruch einer überparteilichen Arbeiterorganisation hatte, aber aufgrund der starken ideologischen Ausrichtung an der Politik der KPD wenig Raum für eine Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen und sozialistischen Arbeiter*innen eröffnete. Siehe hierzu: Bernd Langer: Antifaschistische Aktion, Münster 2015, S. 68ff.

⁴⁸ Richard Seiffert zit. nach: Hans-Rainer Sandvoß, Widerstand in Wedding und Gesundbrunnen, Berlin 2003, S. 124.

⁴⁹ Vernehmungsprotokoll Elfriede Schaumann, vom 10.9.1942, in: Archiv des Museums Neukölln, Ordner Schaumann.

nichts Ungewöhnliches, dass Elfriede, die nach der Trennung ihrer Eltern bei der Mutter wohnte, noch im selben Jahr zu Werner Schaumann in die Talberger Str. 10i zog.

Hier wohnte nicht nur Werner Schaumann und die Kommunistin Charlotte Vötter, deren Mann Hans-Georg Vötter 1935 wegen seiner illegalen Tätigkeit als Leitungsmitglied des IAH-Berzirks Berlin-Brandenburg zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, sondern hier war auch der zentrale Treffpunkt des Britzer Widerstandskreises, der auch nach der Inhaftierung von Hans-Georg Vötter jeden Donnerstag Auslandssender abhörte sowie antifaschistisches Material las und diskutierte. Werner Schaumann führte in diesem Rahmen mehrere Schulungsabende zu grundsätzlichen marxistischen Themen, aber auch zur Analyse der aktuellen Lage durch. Dabei warnte er eindringlich vor der Strategie einiger Genossen, die einen Kriegsausbruch nicht mehr grundsätzlich ablehnten, weil sie darauf setzten, die Faschisten würden eine Niederlage erleiden und als deren Folge würde ihre Herrschaft zusammenbrechen.⁵⁰

Der kritische Umgang mit der bisher wenig erfolgreichen Widerstandsarbeit der Antifaschisten in diesem Kreis erzeugte bei Elfriede den Wunsch, sich intensiver mit den Hintergründen auseinanderzusetzen, vor allem mit der Frage, warum der illegale Widerstand die Menschen immer weniger erreichte, seine Argumente von so wenigen zur Kenntnis genommen wurden. Werners recht umfangreiches marxistisches Wissen und sein Bemühen um das Aufdecken und Korrigieren von Schwächen und Fehlern in der bisherigen Widerstandstätigkeit stießen bei Elfriede auf offene Ohren und führten zu einer wachsenden Bereitschaft, sich gemeinsam mit diesen Fragen auseinanderzusetzen. So kam es, dass sich Elfriede Topp an diesen Debatten nicht nur rege beteiligt, sondern auch die Vorbereitung einzelner Diskussionsthemen übernommen hat. Werner Gossweiler wies in einem Interview auf die spannenden und lehrreichen Treffen der Britzer Gruppe hin, an denen er als junger Genosse teilgenommen hatte. „In besonders lebendiger Erinnerung sind mir Werner Schaumann und seine Frau Friedel.“⁵¹



5. Gemeinsam kämpft es sich besser!

In der Gruppe begannen die Illegalen über ihre aktuelle Lage nachzudenken und die Möglichkeiten auszuloten, die es für eine einigermaßen konspirativ abgesicherte Widerstandsarbeit geben könnte. Zum einen wurde die Diskussion von den eigenen Erfahrungen bestimmt, die sie in der Gruppe mit ihren bisherigen Widerstandsaktionen gemacht hatten. Nahezu alle Mitglieder waren in der Vergangenheit mit der Nazi-Justiz in Kontakt gekommen. Ihre größte Aktion, die Versammlung der IAH-Bezirksleitung im Juni 1935 in der Umgebung von Melchow hatte mit einem schweren Rückschlag geendet. Anstatt die Zahl der illegalen Kämpfer zu erweitern

⁵⁰ Hilde Schaumann, Maschinenschriftlicher Abriss des politischen Lebens von Werner Schaumann, a.a.O. Die Hoffnung auf eine Befreiung von außen war ein Kennzeichen der Schwäche des in Deutschland verbliebenen sozialistischen Widerstandes. Die Hoffnung, dass eine militärische Auseinandersetzung mit anderen europäischen Staaten zu einer inneren Krise des deutschen Faschismus führen werde, sei es durch die Kriegslasten, sei es durch eine militärische Niederlage, in der die deutsche Arbeiterklasse und weitere Schichten der Bevölkerung den Kampf gegen die NS-Herrschaft wieder aufnehmen werde, war unter den Kommunisten weit verbreitet. Noch 1939 kritisierte die KPD auf der Berner Konferenz in ihrer Resolution „Der Weg zum Sturz Hitlers und der Kampf um die neue, demokratische Republik“ diese Haltung. Die Resolution ist abgedruckt in: Klaus Mammach (Hrsg.), Die Berner Konferenz der KPD (30. Januar – 1. Februar 1939), Ffm. 1974, S. 116-147, hier: S. 127.

⁵¹ Kurt Gossweiler zum 95. Geburtstag, a.a.O., S. 41.

und neue Strukturen aufzubauen, hatte die Gestapo eine erhebliche Anzahl von Illegalen verhaftet und die IAH-Organisation entscheidend geschwächt.

Werner Steinbrinck brachte einige Materialien der Brüsseler Konferenz und den Vortrag von Georgi Dimitroff, den er 1935 auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale über die notwendige Neuausrichtung des Kampfes der Kommunistischen Parteien im Kampf gegen den Faschismus gehalten hatte, zu einem Treffen mit. Man beschloss, sich mit den Texten genauer zu beschäftigen. Werner Schaumann schlug außerdem vor, Lenins Werk *„Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“* zu lesen und zu diskutieren. Er erhoffte sich von der Lektüre eine nachhaltige Auseinandersetzung mit dem verlustreichen Aktionismus der Kommunisten in den ersten drei Jahren der faschistischen Herrschaft.⁵²

Als Schlussfolgerung dieser Debatte vermied es die Britzer Gruppe aus konspirativen Überlegungen mit Material an die Öffentlichkeit zu treten. Auch wenn diese Einstellung nicht bei allen Mitgliedern ungeteilte Zustimmung fand, so fügten sie sich dennoch angesichts der Gestapoerfolge bei der Zerschlagung antifaschistischer Gruppen der Übereinkunft. Der Einflussbereich sollte auf dem Weg von vorsichtigen Gesprächen mit als antifaschistisch eingeschätzten Personen erweitert werden. Bestätigte sich deren Einstellung, sollte die Gruppe durch deren Einbeziehung erweitert und stabilisiert werden.

Eine neue Schwierigkeit tat sich für das junge Paar auf, als Werners Mutter die finanzielle Unterstützung auf Druck des Vaters einstellen und er das Studium abbrechen musste. Als ungelerner Arbeiter fand er eine Anstellung in einer Maschinenfabrik, wo er nach Absolvierung eines entsprechenden Kurses als Autogenschweißer arbeitete.⁵³

Da Charlotte Vötter aufgrund der Inhaftierung ihres Mannes die Miete nicht mehr tragen konnte, unterstützte Werner Schaumann sie mit einer monatlichen Zahlung von 20 RM bis 25 RM. In seiner Vernehmung bestritt Schaumann entschieden, *„von anderen Personen hierzu Gelder erhalten bzw. Sammlungen für diesen Zweck eingeleitet zu haben.“*⁵⁴ Als Begründung führte er an, dass er es als solidarische Pflicht angesehen habe, die Frau eines Genossen, der wegen seiner Gesinnung im Gefängnis säße, zu unterstützen. Ob er mit dieser Aussage nicht seine IAH-Tätigkeit und Namen von IAH-Mitgliedern und -Sympathisanten verdecken wollte, lässt sich aus den Vernehmungsprotokollen nicht erschließen.

Die finanzielle Lage verbesserte sich kurzzeitig etwas dadurch, dass die bisher arbeitslose Elfriede eine Anstellung als Hilfsarbeiterin bei der Firma A. Weber erhielt. Allerdings endete diese Unterhaltsquelle Anfang 1936, als Elfriede als Landhelferin in den Reichsarbeitsdienst verpflichtet wurde. Erst im November 1936 wurde die Lage wieder besser, da Elfriede aus dem RAD zurückkehrte und über Joachim Franke eine Beschäftigung bei dem Treptower AEG-Kabelwerk als Arbeiterin fand. Auch sie qualifizierte sich in einem betrieblichen Kurs zur Autogenschweißerin, musste aber nach drei Monaten wegen körperlicher Überanstrengung diese Tätigkeit wieder aufgeben. Um ihren Beitrag für den Haushalt und zur Unterstützung von Charlotte Vötter leisten zu können, besuchten Elfriede und Werner Schaumann Abendkurse – sie für Stenographie und Schreibmaschine, er zur Qualifikation als technischer Zeichner und Bauarbeiter. Als Stenotypistin arbeitete Elfriede anschließend bei der Neuköllner Firma Werner Genest in der Hermannstraße, während Werner nach erfolgreicher Prüfung von der Berlinischen Baugesellschaft als Techniker eingestellt wurde. Da nun der Unterhalt gesichert schien, entschlossen sich beide im Juli 1938 zur Heirat.⁵⁵ Die Arbeit in der Widerstandsgruppe blieb weiterhin ein wichtiger Bestandteil des Lebensalltags. In dieser Zeit besuchten die beiden Schaumanns häufiger das Ehepaar Schulz, um dort die deutschsprachige Sendung des britischen Rundfunks zu hören. Die ständigen Erfolge der Nationalsozialisten – die Saarabstimmung, der Einmarsch in Österreich, das deutsch-britische Flottenabkommen, die Annektion von Böhmen

⁵² Vernehmungsprotokoll Werner Schaumann vom 8.6.1942, a.a.O.

⁵³ Vernehmungsprotokoll Werner Schaumann vom 23.5.1942, a.a.O.

⁵⁴ Vernehmungsprotokoll Werner Schaumann vom 8.6.1942, a.a.O.

⁵⁵ Vernehmungsprotokoll Elfriede Schaumann vom 10.9.1942, a.a.O.

und Mähren – gingen nicht spurlos an den Widerständlern vorüber. So führt Werner Schaumann in dem Vernehmungsprotokoll vom 8.6.1942 aus: „*Meines Erachtens hat niemand Anstoß zur Abhaltung dieser Abende gegeben. Es ist vielmehr so, dass wir alle (...) aus Interesse an der marxistischen Idee das Bedürfnis hatten, uns gegenseitig auszusprechen und uns gegenseitig zu stärken.*“⁵⁶ Jede Meldung, die nicht den ständigen Siegesfanfaren des „*Völkischen Beobachters*“ oder des „*Deutschen Rundfunks*“ entsprach, war in dieser Situation eine wichtige Stütze für die Illegalen.

6. Kriegsbeginn: Wie weit soll der Widerstand sich aus der Deckung wagen?



1.9.1939: Die deutsche Wehrmacht überfällt Polen

und die Besetzung des verbliebenen tschechoslowakischen Territoriums im März 1939 hatte in den Augen der Kommunisten deutlich gezeigt, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung die Kriegspolitik der Nationalsozialisten nicht mittrage. Hier hätte die Haltung der Kommunisten es versäumt, die Antikriegsstimmung aufzugreifen und in Aktionen umzumünzen. Ein offensiveres Vorgehen wäre notwendig, um gegen die faschistische Politik zu mobilisieren. Die Situation sei günstig gewesen, da „*die werktätigen Massen (...) in ihrem Kampf gegen das faschistische Regime nicht auf sich allein angewiesen (sind), es steht ihnen zur Seite die Solidarität der werktätigen Massen in den anderen Ländern, in Frankreich und England und vor allem in der Sowjetunion.*“⁵⁸

Für die Britzer Widerstandskämpfer*innen stellte sich die Frage, in welcher Form sie die illegale Arbeit fortsetzen sollten. Bisher hatten sie sich ja weitgehend darauf beschränkt, ihre oppositionelle Haltung über das Abhören von ausländischen Sendern und Schulungsveranstaltungen zu bewahren und zu festigen. Die Einbeziehung weiterer Personen hatte sich auf Genossinnen und Genossen beschränkt, die den Mitgliedern aus ihrer früheren politischen Tätigkeit bekannt waren. Eine Ausweitung auf Antifaschisten, die der KPD nicht angehörten oder ihr nahestanden, hatten sie aus konspirativen Gründen vermieden.

Vor allem die jüngeren Mitglieder, so Werner Steinbrinck oder Kurt Gossweiler, befürworteten eine stärker nach außen gerichtete Aktivität. Unterstützt wurden sie dabei von Joachim Franke, der begonnen hatte, neben der Britzer Gruppe eine weitere Gruppe in den AEG-Kabelwerken Oberspree aufzubauen. Eine ähnliche Position bezog Karl Kunger, der ebenfalls an seiner Arbeitsstelle, der AEG-Apparatefabrik Treptow, einzelne Arbeitskollegen ansprach, um eine betriebliche Widerstandszelle ins Leben zu rufen.⁵⁹

Diese Positionsänderung konnte sich jedoch in der Britzer Gruppe nicht als allgemeine Linie durchsetzen, da Gossweiler, Steinbrinck sowie zwei weitere Genossen die Gruppe aufgrund

⁵⁶ Vernehmungsprotokoll Werner Schaumann vom 8.6.1942, a.a.O.

⁵⁷ Diskussionsbeitrag von Arthur Emmerlich auf der Berner Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, in: Klaus Mammach (Hrsg.), Die Berner Konferenz der KPD a.a.O., S. 110.

⁵⁸ Wilhelm Pieck, Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei, in: Klaus Mammach (Hrsg.), Die Berner Konferenz der KPD, a.a.O., S. 76.

⁵⁹ Heinrich-Wilhelm Wörmann, Widerstand in Köpenick und Treptow, Berlin 210, S. 155f.

ihrer Einberufung zur Wehrmacht verlassen mussten.⁶⁰ Die übrigen Mitglieder, zu denen auch Werner und Elfriede Schaumann gehörten, hielten ein Weiterführen der zurückhaltenden, sich auf die innere Verfassung der Gruppe orientierenden Arbeit für ein der Lage angemessenes Vorgehen. Die Hauptgründe sahen sie in dem Umstand, dass es keine schlagkräftige Organisation gab, mit der sich der Widerstand gegen den als Reaktion zu erwartenden Terror des Nazi-Regimes behaupten könnte. Die KPD wie auch andere gegen die faschistische Herrschaft kämpfende Organisationen und Bewegungen seien in ihren Strukturen schwer beschädigt, Verbindungen zerstört oder abgebrochen und viele ehemalige Genoss*innen nicht bereit, den Kampf wieder aufzunehmen. Sie seien in ihrer Arbeit weitgehend auf sich selbst gestellt.

Bei seiner späteren Vernehmung durch die Gestapo führte Werner Schaumann dazu aus: Es sei so gewesen, „*dass wir alle – ich meine die angeführten Personen – aus innerem Interesse bzw. aus gleichem Interesse an der marxistischen Idee das Bedürfnis hatten, uns gegenseitig auszusprechen und uns gegenseitig zu stärken. Es wurde immer der Donnerstag zu unseren gemeinschaftlichen Diskussionen festgelegt.*“⁶¹ Neben der Stärkung der Gruppe gehe es weiterhin darum, neue Kämpfer*innen für den Widerstand und für die Gruppe zu gewinnen, indem man aus dem früheren politischen Umfeld Genoss*innen und Sympathisant*innen anspreche und zur Mitarbeit bewege. Außerdem sollten vorsichtig Kontakte zu anderen Widerstandszirkeln zwecks Informations- und Materialaustausch hergestellt werden, ohne zu diesem Zeitpunkt bereits eine neue zentralistische Parteiorganisation anzustreben. Die konspirative Absicherung habe in der aktuellen Situation, in der sich die Gruppe als ein kleines Boot in einer feindlichen, stürmischen See sah, Priorität.

Allerdings sollte die Schulungsarbeit in stärkerem Maße auf die Möglichkeit ausgerichtet werden, mündliche Aufklärungsarbeit unter den Kolleg*innen zu betreiben, ohne sich dabei zu gefährden. Wie die Vorgehensweise aussehen sollte, wird an den folgenden Beispielen ersichtlich. Im Gespräch in einem Kaufladen wird die Frage gestellt: „Sagen Sie, haben Sie auch schon gehört, dass irgendwelche Meckerer behaupten, bei Daimler in Marienfelde hätten die Arbeiter wegen der verlängerten Arbeitszeit die Arbeit niedergelegt? Glücklicherweise hat der Gauleiter der Deutschen Arbeitsfront das Gerücht dementiert.“ Da die DAF-Funktionäre hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit kein besonders hohes Vertrauen genossen, konnten die Antifaschisten davon ausgehen, dass diese Nachricht weitergetragen wurde. Noch ungefährlicher war diese geflüsterte Propaganda, wenn die Nazigegner sich auf die Nazipresse selbst berufen konnten. „Haben Sie im ‚Völkischen Beobachter‘ gelesen, dass Thälmann zu seinem Geburtstage aus Amerika allein 50.000 Grußschreiben erhalten haben soll? Das halten Sie ja wohl auch für Schwindel?“ Mit dieser kurzen Bemerkung wurden einige Botschaften übermittelt. Es wurde daran erinnert, dass der KPD-Führer Thälmann seit Jahren eingekerkert sei, aber es eine internationale gegen die Nazis gerichtete Solidaritätsbewegung gebe. Selbst im kapitalistischen Amerika werde Deutschland als Unrechtsstaat angesehen, der politische Kritiker durch langjährige Haftstrafen aus dem Wege räume.⁶²

Wie wirksam diese Mundpropaganda war, zeigt ein Lagebericht der Gestapo vom Januar 1942, in dem es u. a. heißt: „*Es ist verständlich, dass der Beginn der Kampfhandlungen im Osten gerade in kommunistischen Kreisen eine starke Reaktion auslöste. (...) Wenn auch verschiedene Versuche zum organisatorischen Aufbau festgestellt wurden, so waren dies Einzelercheinungen (...). Im allgemeinen wurde in kommunistischen Kreisen eine derartige Möglichkeit wohl erörtert, meist aber als zur Zeit aussichtslos abgelehnt. Diese illegale Arbeit wird vorwiegend durch Mundpropaganda geleistet. Dabei werden hauptsächlich Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung, Verknappungserscheinungen, Presseentwicklung, soziale Verhältnisse in einzelnen Betrieben, Meldungen vom östlichen Kriegsschauplatz usw. verwendet, die darlegen sollen, dass Deutschland infolge der zunehmenden Verschärfung der wirtschaftlichen*

⁶⁰ BArch, R 3017/33941.

⁶¹ Vernehmungsprotokoll Werner Schaumann vom 8.6.1942, a.a.O.

⁶² Siehe hierzu: „Geflüsterte Zeitung“ in: Gegen-Angriff vom 17. August 1935.

Lage und der ungünstigen Entwicklung auf dem östlichen Kriegsschauplatz keine Aussicht habe, den Krieg zu gewinnen. Zu diesem Zweck werden auch die Sendungen des feindlichen Propagandafunks teils gemeinschaftlich, teils einzeln abgehört und entsprechend diskutiert. Die so erhaltenen Nachrichten werden unter der Bevölkerung, an den Arbeitsstellen und im persönlichen Verkehr in geschickter Form weitergegeben, um allmählich Unsicherheit und Kriegsmüdigkeit in der Bevölkerung herbeizuführen. Dabei wird aber nicht etwa mit weltanschaulichen oder gar kommunistischen Argumenten und Parolen gearbeitet, sondern die Propaganda erfolgt unter Vorausstellung wirtschaftlicher und sozialer Forderungen und unter dem Anschein objektiver Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen Staat.“⁶³

In Folge dieser Überlegungen führte Werner Schaumann neben der Schulungsarbeit in der Britzer Gruppe in Absprache mit Karl Kunger auch Schulungsabende in den beiden neuen Betriebsgruppen der AEG durch.⁶⁴ Im Zentrum standen hier die Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen, vor allem in der Deutschen Arbeitsfront, praktische Übungen, wie Gespräche über politische Themen mit Kolleg*innen unter Beachtung konspirativer Regeln geführt werden können, sowie die Entwicklung der Kriegslage.⁶⁵

Gerade der letzte Punkt war für den Zusammenhalt von besonderer Bedeutung. Die „Blitzsieg“ der faschistischen Wehrmacht an allen Fronten ließen die Hoffnung auf ein baldiges Ende der faschistischen Herrschaft schwinden und wirkten entmutigend. Zwar konnte in der deutschen Bevölkerung nicht von einer euphorischen Kriegsstimmung gesprochen werden, aber die erhoffte, im Verlauf des Krieges wachsende Antikriegsstimmung war ausgeblieben.

Die Schwierigkeiten, mit denen die Widerstandskämpfer konfrontiert waren, gehen aus der folgenden Lageeinschätzung eines kommunistischen Instruktors hervor: *„Alle Versuche, die ich nach meiner Rückkehr unternahm, sind fehlgeschlagen. Unsere Genossen, die einmal in diesen Betrieben gearbeitet hatten, waren entlassen worden, waren umgefallen oder*

hatten sich ‚umgestellt‘. (...) Die Situation war damals bereits so, dass selbst alte Genossen eine wahnsinnige Angst vor Verhaftung hatten, höchstens noch Geld gaben für die Rote Hilfe, aber sobald sie etwas von aktiver Arbeit für die Partei hörten, sofort abrückten. Der Glaube an die Kraft der Arbeiterklasse war völlig erschüttert.“⁶⁶

Hinzu kam die Erfahrung, dass Antikriegsproteste von der Gestapo mit großer Präzision verfolgt und häufig ihre Initiatoren schnell verhaftet und in vielen Fällen zum Tode verurteilt wurden. Aus dem lokalen Umfeld der Gruppe galt das sowohl für den oppositionellen Kreis um den Kommunisten Heinz Kapelle, der am 9. September 1939 in ganz Berlin mehrere tausend Flugblätter verteilte, die zum Widerstand gegen den Krieg und gegen die faschistische Herr-



Karl Kunger

⁶³ Lagebericht des Geheimen Staatspolizeiamtes über die marxistische Bewegung, Anfang Januar 1942, in: Margot Pikarski, Elke Warning, Gestapo-Bericht über den antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1939-1943, Berlin 1989, S. 148f.

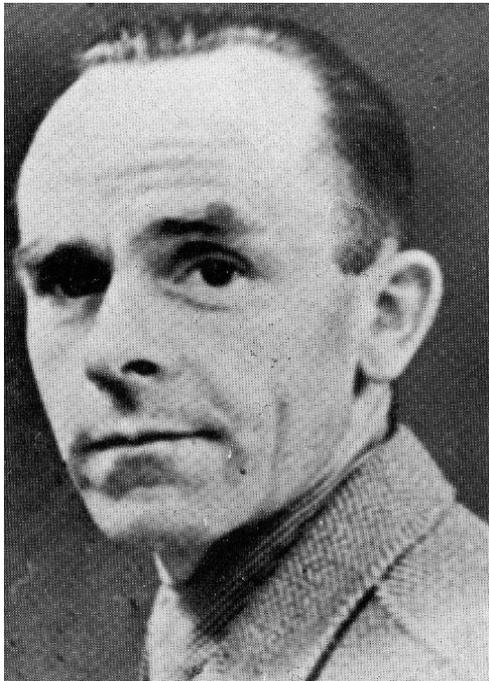
⁶⁴ BArch, R 3017/33941.

⁶⁵ Die Bedeutung der Bildungsarbeit innerhalb der Widerstandsgruppen war auch Thema der Berner Konferenz gewesen. In dem von Wilhelm Pieck gehaltenen Hauptreferat heißt es u. a.: *„Es ist bei der Isolierung unserer Genossen im Lande ganz naturgemäß, dass das marxistisch-leninistische Niveau unserer Kader sehr gesunken ist. Sie können deshalb vor den Massen nicht gründlich genug den sogenannten ökonomischen Theorien der Faschisten, mit denen der Hitlerfaschismus seine großkapitalistische und imperialistische Politik zu verschleiern sucht, entgegentreten und werden oft sogar selbst von diesen sogenannten Theorien verwirrt. Wir müssen deshalb versuchen, unseren Genossen im Land ein Maximum an marxistisch-leninistischer Schulung zu vermitteln.*“ Wilhelm Pieck, Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei, in: Klaus Mammach (Hrsg.), Die Berner Konferenz der KPD, a.a.O., S. 89f.

⁶⁶ BArch, RY 1/I 2/3/117.

schaft aufrufen, als auch für die Gruppe um den Kommunisten Willi Gall aus Adlershof, die mit einer Zeitschrift in einer Auflage von 200 Exemplaren im November 1939 unter der Überschrift „*Unser Volk will den Frieden*“ gegen die Fortführung des Krieges zu mobilisieren versucht hatte. Beide Gruppierungen wurden von der Gestapo bereits kurz nach Veröffentlichung der Aufrufe aufgerollt und wegen Hochverrats abgeurteilt.⁶⁷

Es gab also ausreichend Anlass, die Widerstandstätigkeit vorsichtig und nach allen Seiten abgesichert zu organisieren.



Hans-Georg Vötter

Dies änderte sich auch nicht, als Hans-Georg Vötter im Juni 1940 aus der Haft zurückkehrte und mit seiner Frau Charlotte aus der Talberger Str. 10i einige Straßen weiter in die Onkel-Bräsig-Str. 111 umzog. Aufgrund der Gefahr, Vötter werde von der Gestapo observiert, wurde er zunächst von den Gruppentreffen ausgeschlossen.⁶⁸

Um durch die häufigen Treffen nicht aufzufallen, wurde beschlossen diese nicht nur in der Talberger Straße, sondern auch in der Krössener Straße 27, der Wohnung von Karl Kunger, bei Hilde Schaumann in der Neuen Bahnhofstraße 31, sowie bei Joachim und Erika Franke in der Wendenschlossstraße 241 durchzuführen. Als sich nach einem halben Jahr die Gruppe sicher war, dass Vötter, der mittlerweile eine neue Arbeitsstelle als Schriftsetzer in der Druckerei Mier und Glasemann in Neukölln gefunden hatte, nicht beschattet wurde, wurden die Treffen auch in seiner neuen Wohnung in der Onkel-Bräsig-Str. 111 abgehalten.

Bisher waren die Schulungsabende allein von Werner Schaumann mit Unterstützung seiner Frau Elfriede vorbereitet und durchgeführt worden.⁶⁹

Nach Vötters Rückkehr in die Gruppe wurden die Schulungsabende nun reihum von Werner und Elfriede Schaumann, Hans-Georg Vötter, Joachim Franke sowie dem inzwischen in Berlin beim Oberkommando der Wehrmacht stationierten Werner Steinbrinck abgehalten.⁷⁰ Mit Steinbrinck und Franke rückten damit Widerstandskämpfer in den Vordergrund, die auch Verbindungen zu anderen kommunistischen Widerstandsgruppen gesucht und gefunden hatten. So hatte Werner Steinbrinck zu seinem aus früheren Tagen bekannten Genossen Herbert Baum, mit dem er 1934/35 in der illegalen KJVD-Leitung des Unterbezirks Süd-Ost gearbeitet hatte, eine Verbindung geknüpft.⁷¹ Baum war führendes Mitglied einer mehrheitlich aus jüdischen Mitgliedern bestehenden Widerstandsgruppe. Neben Werner Steinbrinck wirkten mindestens zwei nichtjüdische Kommunistinnen in der Gruppe mit, die Neuköllnerin Irene Walter und die französische Antifaschistin Suzanne Wesse. Mehrfach versuchte die KPD zum Schutz ihrer eigenen Struktur die jüdische Widerstandsgruppe zu separieren und Verbindungen zu ihr zu kappen. So empfahl Hans Fruck, der eine kommunistische Betriebszelle leitete und enge Verbindungen zur Gruppe „Innere Front“ um Walter Husemann, Wilhelm Guddorf u.a. besaß, den

⁶⁷ Siehe: Hans-Rainer Sandvoß. Die „andere“ Reichshauptstadt, a.a.O., S. 451ff.

⁶⁸ BArch, R 3017/33941.

⁶⁹ Bis Januar 1941 hatte Werner Schaumann laut eigener Aussage allein als Schulungsleiter fungiert. Vernehmungsprotokoll Werner Schaumann vom 8.6.1942, a.a.O.

⁷⁰ Vernehmungsprotokoll Hans-Georg Vötter vom 5.6.1942, a.a.O.

⁷¹ Christina Fischer, Ein vergessener Held, in: Junge Welt, 18.5.2017.

nicht-jüdischen Mitgliedern, sich von der Baum-Gruppe zu trennen. Die starken Beschränkungen und die damit verbundenen Kontrollen jüdischen Lebens würden eine ständige Gefahr für die illegalen KPD-Gruppen und ihre Verbindungen darstellen.⁷²

Während Steinbrinck ansonsten ein recht dogmatischer und parteikonformer Kommunist war,⁷³ folgte er in diesem Fall nicht der Parteilinie, sondern intensivierte seine Beziehungen zur Baum-Gruppe. Auch Irene Walter und Suzanne Wesse lehnten es ab, sich von den jüdischen Genoss*innen zu trennen.

Elfriede und Werner Schaumann sahen diese Verbindung mit Besorgnis. Der führende Kern der Baum-Gruppe bestand zwar in ihren Augen aus zuverlässigen Antifaschisten. Doch viele Mitglieder kamen aus jüdischen Jugendorganisationen, in denen die nationalsozialistischen Verordnungen zu den Nürnberger Gesetzen noch eingeschränkte Aktivitäten für Juden und Jüdinnen zu-



Herbert und Marianne Baum mit Genoss*innen

ließen, nachdem alle anderen Organisationen „arisiert“ worden waren.⁷⁴ Das Ehepaar Schaumann befürchtete, dass die starke Kontrolle der jungen Mitglieder der Gestapo Hinweise auf die Widerstandstätigkeit und damit auch auf Verbindungen zur Britzer Gruppe ermöglichen könnte. Für die Angabe von Margot Pikarski, dass Werner Schaumann Schulungsabende mit Mitgliedern der Baum-Gruppe durchgeführt habe,⁷⁵ finden sich in den Akten keine Belege. Die kritische Position von Werner und Elfriede Schaumann zur engen Kooperation mit der Baum-Gruppe lassen diese Behauptung als fragwürdig erscheinen.

Die zunehmende Verfolgung und weitere Entrechtung der Jüdinnen und Juden führten zu einer weiteren Radikalisierung unter den Mitgliedern der Baum-Gruppe. Die Anordnung zur Zwangsarbeit in Betrieben der Bau- und Rüstungsindustrie, die Nachricht von der systematischen Ermordung jüdischer Menschen in Polen und die weiteren Anordnungen zur gesellschaftlichen Isolation und Entrechtung führten zu der Einsicht, dass es eine jüdische Perspektive unter der Nazi-Herrschaft in Deutschland nicht geben konnte. So wurde in der Gruppe ein im Untergrund kursierendes Papier „*Organisiert den revolutionären Massenkampf gegen Faschismus und imperialistischen Krieg*“⁷⁶ als wegweisendes Dokument für den zukünftigen Widerstandskampf begriffen. In dem pathetisch formulierten Text wurde zum Bürgerkrieg aufgerufen, mit dem der Hitlerfaschismus gestürzt und der Krieg beendet werden sollte. In der Folge würde der Kapitalismus als Basis des Faschismus zerschlagen werden. Dazu sei es notwendig, die Widerstandsgruppen unter einer Leitung zu zentralisieren, um ihre Wirksamkeit zu erhöhen. „*Gleichzeitig gesteigerte Aktivität aller auf einheitlicher Linie bei gegenseitigem Erfahrungsaustausch*

⁷² Siehe Regina Scheer, Die Herbert-Baum-Gruppe, in: Antifa, Magazin der VVN-BdA, September 2013.

⁷³ So berichtete die in der AEG-Apparatefabrik beschäftigte Helene Schlesinger, die auch an mehreren Schulungen der Britzer Gruppe teilnahm, dass Werner Steinbrinck ihr das Wort in der Diskussion abschnitt und sie anfuhr, sie sei keine Marxistin. Christina Fischer, Ein vergessener Held, a.a.O.

⁷⁴ Margot Pikarski, Jugend im Berliner Widerstand, Berlin 1984, S. 63.

⁷⁵ Margot Pikarski, Jugend im Berliner Widerstand, a.a.O., S. 153.

⁷⁶ Das Papier ist vermutlich über Suzanne Wesse an Herbert Baum und Werner Steinbrinck gelangt. Es kursierte in verschiedenen Berliner kommunistischen Widerstandszellen. Es wird angenommen, dass es von Bernhard Bästlein und Wilhelm Guddorf verfasst wurde. Siehe: Luise Kraushaar, Berliner Kommunisten im Kampf gegen den Faschismus 1936-1942, Berlin 1981, S. 249.

*und gegenseitiger Unterstützung auf allen Gebieten des illegalen Kampfes ergibt den notwendigen politischen Nenner wie umgekehrt die besseren politischen Resultate im kleinen.*⁷⁷

Über Werner Steinbrinck gelangte dieses Papier auch in die Britzer Gruppe.⁷⁸ Dieser hatte im Einvernehmen mit den anderen Gruppenmitgliedern seine Freundin Hildegard Jadamowitz in die Gruppe mitgebracht. Hildegard war Hans-Georg und Charlotte Vötter, Karl Kunger sowie Hilde und Werner Schaumann aus ihren Aktivitäten in der IAH in der Zeit bis 1935 bekannt und hatte auch schon vorher an einzelnen Schulungsabenden der Gruppe teilgenommen.⁷⁹ Im März 1936 war sie wegen Verdachts auf Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet worden, musste aber nach neun Monaten U-Haft aus Beweismangel freigelassen werden.⁸⁰ Mit ihr wirkte neben Werner Steinbrinck eine weitere Aktivistin in der Gruppe mit, die gleichzeitig auch mit der Leitung der Herbert-Baum-Gruppe zusammenarbeitete.



Hildegard Jadamowitz und Werner Steinbrinck (links und rechts außen)

7. Vom Schulungszirkel zur kommunistischen Zelle

Als dieses Dokument im November 1941 in die Hände der Britzer Widerstandskämpfer gelangte⁸¹, hatte sich eine einschneidende Veränderung der politischen Situation vollzogen. Am 22. Juni 1941 war der deutsche Überfall auf die Sowjetunion erfolgt.

Für eine kurze Zeit war unter den Antifaschisten die Hoffnung aufgekeimt, dass nach den entmutigenden faschistischen Siegeszügen der Jahre 1939 bis 1941 nun ein Staat angegriffen worden war, der den Faschismus erfolgreich zurückschlagen und seiner Herrschaft ein Ende bereiten werde. Jetzt galt es, aus dem Verborgenen herauszutreten und den Kampf der Sowjetunion wirksam zu unterstützen. *„Unser Feind steht im eigenen Land: Die faschistischen Landsknechte der Großkapitalisten, der Kriegsgewinnler sind unser Feind! Der gemeinsame Sieg der Roten Armee und der um ihre nationale Freiheit kämpfenden unterdrückten Völker wird auch der Sieg unseres deutschen Volkes sein.*“⁸² Auch wenn die Britzer Antifaschisten diese Erklärung des ZK der KPD wahrscheinlich nicht zu Gesicht bekommen hatten, so entsprach sie mit Sicherheit auch ihrer Position. Während eines Schulungsabends brachte Joachim Franke ein 18-seitiges Grundsatzpapier mit, in dem die politische und militärische Lage dargestellt und Hinweise auf die Neuorganisation des Widerstandskampfes gegeben wurden. Dieser Text sei die Grundlage einer politischen Zentrale, von der aus der Widerstand zunächst in Berlin, später dann auch in ganz Deutschland koordiniert und organisiert werden solle. Jetzt müsse endlich gehandelt werden, die Zeit der Lippenbekenntnisse sei vorbei.⁸³

⁷⁷ „Organisiert den revolutionären Massenkampf gegen Faschismus und imperialistischen Krieg“, zit. nach: Luise Kraushaar, Berliner Kommunisten im Kampf gegen den Faschismus 1936-1942, a.a.O., S. 251.

⁷⁸ BArch, R 3017/33941.

⁷⁹ Vernehmungssprotokoll Werner Schaumann vom 8.6.1942, a.a.O.

⁸⁰ Zu Hildegard Jadamowitz siehe: Christina Fischer, Zwei, drei Fotos, in: Junge Welt, 12.2.2016.

⁸¹ BArch, R 3017/33941.

⁸² Erklärung des ZK der KPD vom 24.6.1941, zit. nach: Luise Kraushaar, Berliner Kommunisten, a.a.O., S. 193f.

⁸³ BArch, R 3017/33941. Bei dem Text handelt es sich vermutlich um den von Dr. Beppo Römer und Willy Sachse in Zusammenarbeit mit Robert Uhrig und Walter Budeus verfassten Text „Deutsche“, in dem eine Analyse der internationalen und nationalen militärischen und wirtschaftlichen Situation vorgenommen wird. Aus ihr ergibt sich als Konsequenz geradezu zwanghaft die Niederlage der deutschen Faschisten und ihrer Verbündeten. Der Text ist abgedruckt in: Oswald Bindrich, Susanne Römer, Beppo Römer – ein Leben zwischen Revolution und Nation. Berlin 1991, Dok. 47a.



Auf der Suche nach Radio London

Doch bald machte sich Ernüchterung breit. Die Siegesmeldungen der faschistischen Wehrmacht, die Wochenschaubilder über die zahllosen sowjetischen Gefangenen und die schnelle Reaktion der Gestapo, die gleich zu Beginn des Überfalls eine großangelegte Verhaftungsaktion vornahm⁸⁴, wirkten sich lähmend aus. Nicht von ungefähr war es Werner Steinbrinck, der in der Diskussion um das von ihm mitgebrachte Dokument entschieden den Standpunkt vertrat, jetzt müsse gehandelt werden.

Im Übrigen wisse er auch von einer Zentrale, die den Widerstand koordiniere, von der er die Schrift erhalten habe.⁸⁵ Steinbrincks Blickwinkel war weniger geprägt durch die Situation der Britzer Widerstandskämpfer als vielmehr durch die Lage der jüdischen Mitglieder der Gruppe Baum, deren Überlebenschance in engem Zusammenhang mit dem zeitnahen Sturz des Hitler-Regimes stand.

Als ersten Schritt auf dem Weg zu ihrem neuen Selbstverständnis als eine „revolutionär“ arbeitende „Aktivgruppe“ sollte ein Heft herausgegeben werden, in dem unter dem Titel „*Der Weg zum Sieg*“ verschiedene Materialien zusammengestellt wurden, die den Auslandssendern entstammten, u. a. dem Aufruf des ZK der KPD vom 16. Oktober 1941. Kennzeichnend für das Heft war jedoch der erste Artikel mit der Überschrift „*Das Eis ist gebrochen!*“, der die Frage nach den Möglichkeiten revolutionärer Tätigkeit unter den aktuellen Bedingungen stellte. Mit Hilfe von Lenin-Zitaten aus der Schrift „*Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus*“ wurde hier die Notwendigkeit begründet, nicht mehr zu zögern und die Situation als ungünstig für den revolutionären Kampf anzusehen, sondern – auch unter Inkaufnahme großer Opfer – die Führung des Kampfes zu übernehmen. Für Kommunisten gezieme sich gerade

⁸⁴ „Beim Ausbruch des deutsch-sowjetrussischen Krieges wurden schlagartig im Reichsgebiet und in den besetzten Gebieten alle kommunistischen Elemente festgenommen, die unter Anlegung strengsten Maßstabes als aktive Staatsfeinde zu bezeichnen waren. (...) Ein besonderer Schlag für die kommunistische Bewegung war die Liquidation fast aller in Europa noch bestehenden sowjetrussischen diplomatischen Vertretungen. Dadurch war eine Steuerung der illegalen Tätigkeit im Inlande und fast ganz Europa praktisch nur mehr von außen her durch Funk möglich.“ Auszug aus: Gestapo-Bericht über die Tätigkeit der Kommunisten in Deutschland und in den von Deutschland besetzten Gebieten vor und nach Beginn des Krieges mit der Sowjetunion vom August 1941. in: Margot Pikarski, Elke Warning, Gestapo-Bericht über den antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1939-1943, a.a.O., S. 31.

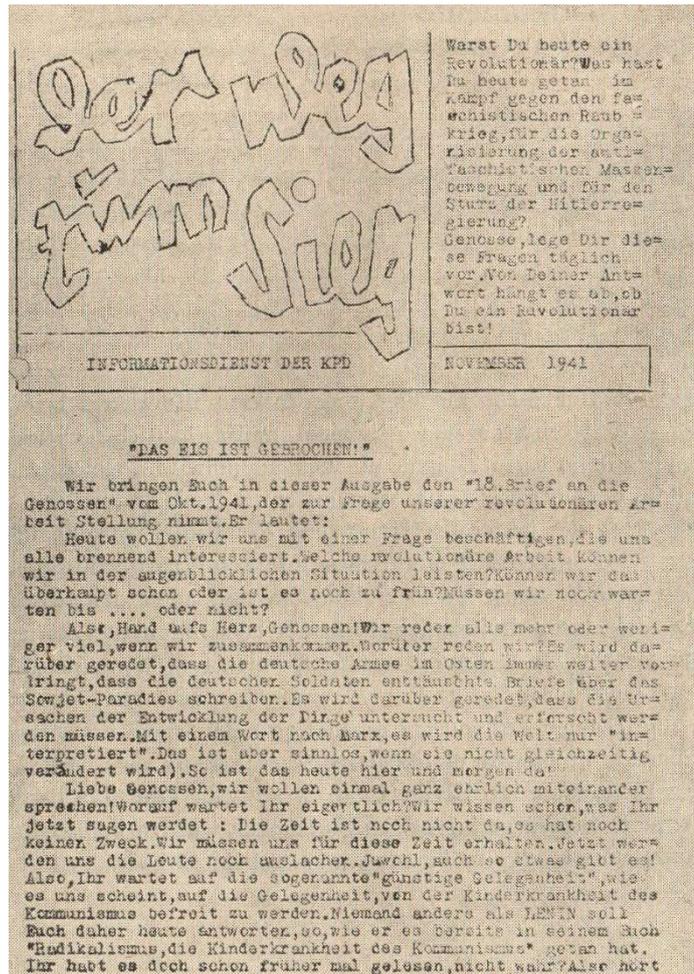
⁸⁵ BArch, R 3017/33941. Mit der Zentrale ist vermutlich die Gruppe um Robert Uhrig und Dr. Beppo Römer gemeint, die zu diesem Zeitpunkt versuchten, betriebliche und lokale Widerstandsgruppen in Berlin zu vernetzen und ihre Arbeit über eine zentrale Leitung zu koordinieren. Zu diesem Zweck wurde u.a. auch ein Informationsdienst zwischen Oktober 1941 und Februar 1942 regelmäßig herausgegeben. Siehe zum Widerstandskreis um Robert Uhrig: Hans-Rainer Sandvoß, Die „andere“ Reichshauptstadt, a.a.O., S. 455-469, sowie Luise Kraushaar, Berliner Kommunisten, a.a.O. Hier wird allerdings u. a. auf S. 115 die fehlerhafte Aussage getätigt, die Britzer Gruppe sei Teil „der von Robert Uhrig geleiteten Gebietsorganisation.“ Diese Aussage ist durch Dokumente nicht belegbar. So gab es keinen organisierten regelmäßigen Informationsaustausch mit einer zentralen Organisation des Berliner Widerstandes. Die Gruppe war zwar in den Besitz von Informationsblättern und Dokumenten gekommen, jedoch waren dies Einzelfälle. Zentrale Informationen verschaffte sich die Gruppe im Wesentlichen über das Abhören ausländischer Sender, hier vor allem über Radio London, Radio Moskau und dem Deutschen Volkssender. Eine ähnliche Tendenz, den Widerstand einzelner Widerstandsgruppen und -zellen als von einer kommunistischen Zentrale angeleitet darzustellen, findet sich bei Margot Pikarski, Jugend im Berliner Widerstand wieder. So heißt es dort z. B.: „Die Berliner Parteiorganisation der KPD unternahm in den Jahren 1939 bis 1942 große Anstrengungen, um eine einheitliche Leitung in Berlin zu schaffen und mit deren Hilfe auf das Reich auszustrahlen. Die ersten Erfolge wurden mit Beauftragten des Zentralkomitees der KPD 1939 erreicht. Die gesamte illegale Arbeit konnte nur durch viele kleine Gruppen geleistet werden, das verlangten die Regeln der Konspiration. Doch zeigt sich uns heute ein Bild der engen Verknüpfung aller Fäden der Berliner Widerstandsorganisationen unter einheitlicher Anleitung durch Beauftragte des Zentralkomitees der KPD.“ Margot Pikarski, Jugend im Berliner Widerstand, Berlin 1984, S. 83.

jetzt „ein Revolutionär zu sein, wenn die Bedingungen für einen direkten, offenen, wirklich von den Massen getragenen, wirklichen revolutionären Kampf noch nicht vorhanden sind, ... die Interessen der Revolution (propagandistisch, agitatorisch, organisatorisch) ... in einer nichtrevolutionären Situation, unter einer Masse zu verfechten, die unfähig ist, die Notwendigkeit revolutionärer Methoden des Handelns sofort zu begreifen.“⁸⁶

Und an anderer Stelle wurde unter der Überschrift „Was ist zu tun?“ eine Position gefordert, die der bisherigen illegalen Arbeit der Gruppe konträr gegenüberstand und zu Auseinandersetzungen mit den Vorstellungen von Elfriede und Werner Schaumann führen musste. In Umkehrung des leninistischen Satzes „Ohne revolutionäre Theorie kann es keine revolutionäre Bewegung geben.“⁸⁷ forderten die Autoren das Primat der Praxis: „Ohne revolutionäre Praxis keine revolutionäre Theorie.“⁸⁸

Anschließend wurden einige Grundsätze für die weitere revolutionäre Arbeit aufgestellt. So wurden Zusammenkünfte mit dem Ziel, sich über die politische Situation auszutauschen, Informationen einzuholen, sich gegenseitig zu stützen und ideologisch zu stärken, als Hindernisse antifaschistischer Arbeit bezeichnet. „1. Die in Form von reinen Zirkeln stattfindenden Zusammenkünfte, in denen nur ‚geschwätzt‘ wird, sind keine revolutionäre Tätigkeit. In solchen Kreisen entstehen am leichtesten die Auffassungen über Spontanität und opportunistische Ansichten über die ‚augenblickliche Unmöglichkeit‘ des revolutionären Kampfes. (...) 2. Jeder Kommunist ist verpflichtet, in seinem Betrieb antifaschistische Stützpunkte zu schaffen, desgleichen revolutionäre Vertrauensleute. 3. Jeder Zirkel, jeder Kreis, jede Zelle muss das nur für Informationszwecke zugänglich gemachte Material – wenn angebracht – vervielfältigen.“⁸⁹

Hatte der Absatz mit einer dem Marxismus widersprechenden Definition des dialektischen Verhältnisses von Theorie und Praxis begonnen, so endete er in einer an religiösem Glaubenspathos kaum noch zu überbietenden Beschwörung einer nicht hinterfragbaren Instanz: „Genossen, im Angedenken an die unsterblichen Opfer der proletarischen Revolution und an die unsterblichen Opfer des faschistischen Blutsystems lasst uns unseren heiligen Schwur erneuern: Wir schwören, stets und immerdar Soldaten der proletarischen Revolution zu sein, wie Lenin es befahl!“⁹⁰



⁸⁶ Die gesamte Schrift „Der Weg zum Sieg, Informationsdienst der KPD, November 1941“ ist abgedruckt in: Margot Pikarski, Jugend im Berliner Widerstand, Berlin 1984, S. 166-187, hier S. 167f.

⁸⁷ W. I. Lenin, Was tun?, in: LW Bd. 5, S. 379.

⁸⁸ Der Weg zum Sieg, a.a.O., S. 174.

⁸⁹ Der Weg zum Sieg, a.a.O., S. 174f.

⁹⁰ Der Weg zum Sieg, a.a.O., S. 175f.

Die Gruppe beschloss, diese Textsammlung zu vervielfältigen und an zuverlässige Sympathisanten weiterzugeben. Hilde Jadamowitz und Hans-Georg Mannaberg übernahmen die Vervielfältigung in einer Auflage von 40 Exemplaren.⁹¹ Weitere Exemplare wurden auch für die Gruppe um Herbert Baum hergestellt, die diese in ihrem Umfeld verteilte.⁹²

Wie Elfriede und Werner Schaumann zu dieser Entscheidung standen, wissen wir nicht. Aber auffällig ist, dass sie bei der nachfolgenden Entscheidung unberücksichtigt blieben. Eine Erklärung könnte in der Einschätzung liegen, die Hans-Georg Vötter über Werner und Friedel Schaumann, aber auch von Karl Kunger und Hilde Schaumann besaß. *„Diese Leute hingen wohl noch an den alten marxistischen Lehren und glaubten auch an eine Niederlage Hitlers und den Sieg der Revolution, sprachen sich aber selbst nicht für eine Aktivität aus. Die Unterhaltungen waren mehr ein negatives Resignieren und Meckern. Bei den Leuten konnte ich auch keinen geschlossenen inneren Zusammenhalt feststellen.“*⁹³

Um ihre Arbeit auf eine festere organisatorische Basis zu stellen und effektiver zu gestalten, hatte die Gruppe beschlossen, sich in eine kommunistische Zelle mit den entsprechenden Leitungsfunktionen umzuwandeln.

Joachim Franke wurde die Funktion des Politischen Leiters übertragen,

Hans-Georg Vötter fungierte als Organisationsleiter,

Werner Steinbrinck war zuständig für die Abwehrarbeit,

Hildegard Jadamowitz und Hans-Georg Mannaberg wurde die Aufgabe des Technikers zugeteilt und Charlotte Vötter übernahm die Kassierung.

Ein monatlicher Mitgliedsbeitrag von 2,50 RM wurde festgesetzt, der für die Materialbeschaffung (Papier, Briefumschläge, Briefmarken usw.) eingesetzt werden sollte.⁹⁴

Obwohl zu einer Zellenleitung auch immer ein Bildungsverantwortlicher gehörte und Werner Schaumann aufgrund seiner bisherigen politischen Arbeit und seines Wissens sich für diese Funktion geradezu aufdrängte, blieb diese Funktion unbesetzt. Als Grund liegt nahe, dass die zurückliegenden Bedenken, die beide Schaumanns gegenüber dem offensiveren Vorgehen geäußert hatten, eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben.

Noch im selben Monat, also im November 1941, veröffentlichte die neue Zelle die Kleinzeitung „Der Ausweg“, die sich an die Soldaten der Ostfront richtete und vor allem Schilderungen über die verbrecherische Kriegsführung und die Opfer, die die Frontsoldaten für ein verbrecherisches Regime täglich zu erleiden hätten, enthielt. Im abschließenden Artikel wurden die Soldaten aufgefordert, ihre Rolle in diesem faschistischen Raubkrieg zu überdenken, die Befehle zu verweigern und sich dem antifaschistischen Freiheitskampf anzuschließen. *„Die Soldaten, gegen die ihr kämpfen müsst, sind nicht Eure Gegner, sondern die Gegner Eures Feindes Hitler.“*⁹⁵

Auch von dieser Zeitschrift wurden 40 Stück hergestellt, von denen 30 an gesammelte Feldpostadressen direkt an Frontsoldaten geschickt wurden. Um die Gestapo von Berlin als Herstellungsort abzulenken, wurden einige Exemplare auch aus anderen Städten abgesandt. So berichtete das Reichssicherheitshauptamt, Amt IV in der Meldung wichtiger staatspolitischer Ereignisse Nr. 7 vom 16. Dezember 1941: *„Von der Stapoleitstelle Berlin wurde eine sechsseitige im Abzugsverfahren hergestellte Hetzschrift mit dem Titel ‚Der Ausweg, antifaschistische Kampfschrift, Frontausgabe – 1.11.41‘ erfasst, die aus Halle an der Saale an einen Volksgenossen in Berlin-Charlottenburg gesandt worden war.“*⁹⁶

⁹¹ BArch, R 3017/33941.

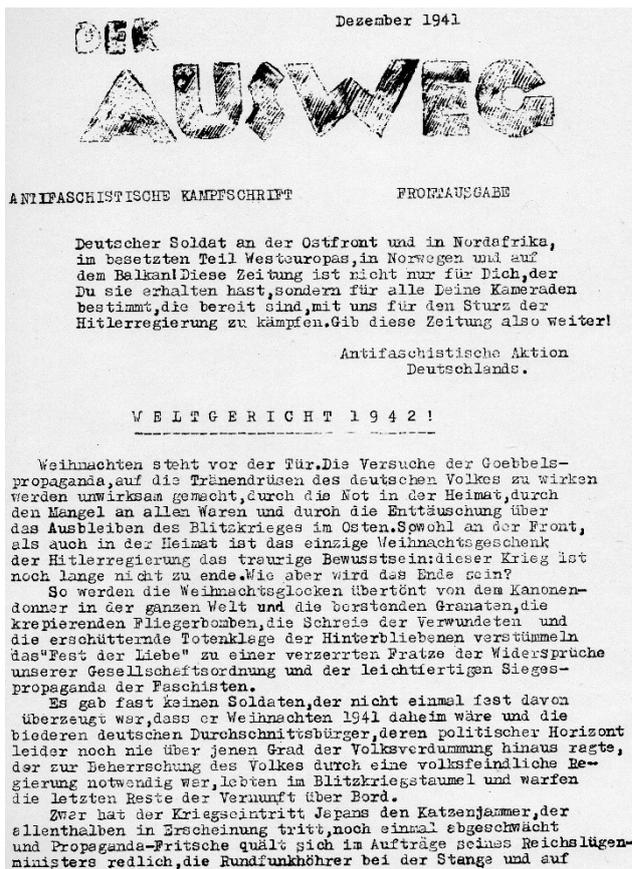
⁹² Margot Pikarski, *Jugend im Berliner Widerstand*, a.a.O., S. 106. Die Druckerarbeiten übernahm wiederum Hans-Georg Mannaberg. Hans-Rainer Sandvoß, *Widerstand in Neukölln*, Berlin 1990, S. 177.

⁹³ Vernehmungssprotokoll Hans-Georg Vötter vom 5.6.1942, a.a.O.

⁹⁴ BArch, R 3017/33941.

⁹⁵ *Der Ausweg*, Antifaschistische Kampfschrift, Frontausgabe 1.11.1941, in: Margot Pikarski, *Jugend im Berliner Widerstand*, a.a.O., S. 200.

⁹⁶ Abgedruckt in: Margot Pikarski, Elke Warning, *Gestapo-Bericht über den antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1939-1943*, Berlin 1989, S. 143.

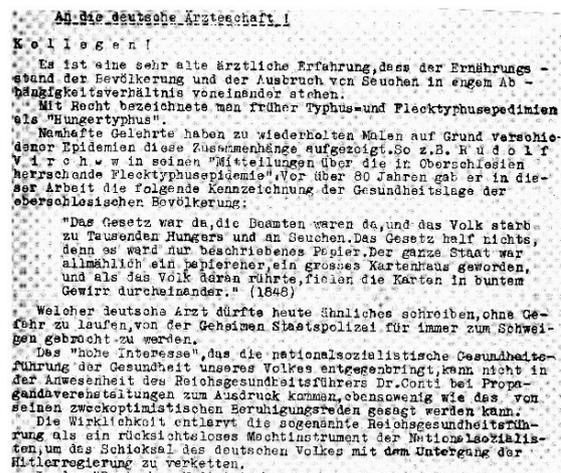


Mitte Dezember veröffentlichte die Gruppe eine weitere, mit aktuellen Informationen versehene Frontausgabe dieser Zeitschrift. In ihr wurde in den beiden einleitenden Artikeln auf die veränderte Kriegslage an der Ostfront eingegangen. Die Wehrmacht habe, entgegen der vollmundigen Ankündigung Hitlers, Moskau nicht einnehmen können und sei von der Roten Armee zurückgeschlagen worden. Die Zeit der Blitzkriege sei vorbei, England sei nicht niedergedrungen, in den besetzten Ländern und Gebieten herrsche ein verlustreicher Partisanenkrieg und der Kriegseintritt der USA verschiebe das Kräfteverhältnis weiter zuungunsten des faschistischen Deutschlands. Ergänzt wurden diese Einschätzungen durch Alltagsschilderungen des brutalen Kriegseinsatzes und die Aufforderungen, aus Selbsterhaltungsgründen diesem mörderischen Krieg und seinen faschistischen Verursachern ein Ende zu bereiten.⁹⁷

Die Herausgabe dieser Materialien stellte

für die Zellenmitglieder eine schwierige Herausforderung dar. Zwar besaß die Gruppe mit Hans-Georg Vötter einen Schriftsetzer, der an seiner Arbeitsstelle in beschränktem Umfang Papier und Farbe besorgen konnte, und über Hans-Georg Mannaberg Zugang zu der familien-eigenen Druckerei in der Dresdener Straße in Kreuzberg hatte. Aber die Wachsmatrizen mussten unauffällig beschrieben, Briefmarken in geringen Mengen in verschiedenen Postämtern eingekauft und schließlich die Feldpostbriefe verteilt über die ganze Stadt in Briefkästen eingeworfen werden. Um die Herausgabe und Versendung bewerkstelligen zu können, überzeugte Hans-Georg Vötter Beatrice Jadamowitz, die Schwester von Hildegard Jadamowitz, einen Teil der Schreibarbeiten zu übernehmen.⁹⁸

Noch aufwendiger war die nächste Veröffentlichung der Gruppe. Hilde Jadamowitz, die als Röntgenassistentin bei einem Tegeler Arzt arbeitete, besorgte entsprechende Informationen, u. a. aus der „*Deutschen medizinischen Wochenzeitschrift*“, mit denen Vötter und Franke unter Hinzuziehung von Werner Schaumann einen Brief „*An die deutsche Ärzteschaft*“ verfassen wollten. Der zweiseitige Brief wurde in der Druckerei der Familie Mannaberg vervielfältigt und 470 Abzüge an unbekannte Ärzte, deren Adressen die



Ausschnitt aus dem Flugblatt "An die deutsche Ärzteschaft"

⁹⁷ Siehe: Der Ausweg, Antifaschistische Kampfschrift, Frontausgabe, Dezember 1941, abgedruckt in: Margot Pirkarski, Jugend im Berliner Widerstand, a.a.O., S. 201-220.

⁹⁸ Vernehmungprotokoll Beatrice Jadamowitz vom 6.6.1942, in: Archiv des Museums Neukölln, Ordner Vötter. Wegen dieser eintägigen Hilfe wurde Beatrice Jadamowitz vom Volksgerichtshof zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. BArch, R 3017/33941.

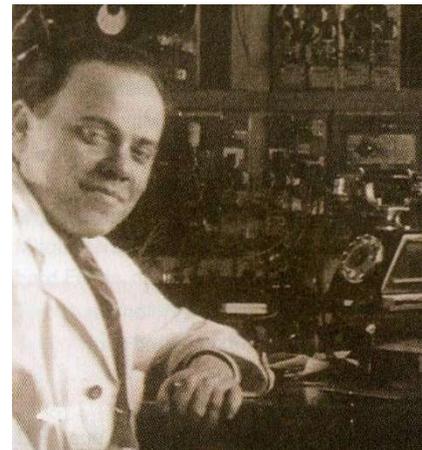
Gruppe in Kleinarbeit aus Telefonbüchern herausgeschrieben hatte, versandt. In dem Brief wurden die Ärzte an ihre Verantwortung erinnert, die Ursachen für Krankheiten offen zu legen und auf ihre Beseitigung zu dringen. Ursächlich verantwortlich für die aktuell grassierenden Krankheiten, wie z. B. Lungenschwindsucht, Typhus, Scharlach, Diphtherie, Grippe oder Magenerkrankungen, seien die Hungerrationen des deutschen Volkes und die steigende Arbeitsbelastung. Verantwortlich für diese Ursachen sei der faschistische Krieg. Deshalb würden sich die Ärzte mitschuldig machen, wenn sie weiterhin durch ihr Schweigen den Krieg unterstützten. Der Brief endete mit dem Aufruf: „*Deutsche Ärzte, kämpft mit uns für die Befreiung des deutschen Volkes vom faschistischen Joch, dann werden wir gemeinsam mit den anderen Völkern der Erde Frieden, Brot und Freiheit haben.*“⁹⁹

Auch dieser Brief fand Eingang in die Meldungen über wichtige staatspolitische Ereignisse der Gestapo: „*In Berlin gelangten am 2. und 3. April 1942 im Abzugsverfahren gefertigte kommunistische Hetzflugblätter, die ‚An die deutsche Ärzteschaft‘ gerichtet und mit ‚Antifaschistische Aktion Deutschlands Ärztesektion‘ unterzeichnet sind, durch Postversand an Ärzte zur Verbreitung.*“¹⁰⁰

8. Die Trennung von der Zelle um Franke und Vötter

Doch zu diesem Zeitpunkt hatten sich Elfriede und Werner Schaumann bereits von der KPD-Zelle getrennt. Zwischen Franke und Werner Schaumann war es im Dezember 1941 zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen, als Franke mit einem weiteren Genossen der Betriebsgruppe AEG-Kabelwerke Oberspree an mehreren Stellen des Fabrikgebäudes die Parole „Hitler abtreten“ gemalt hatte und im Betrieb Flugblätter ausgelegt hatte. Schaumann warf Franke Verletzung der konspirativen Regeln vor, mit der er nicht nur sich und die Mitglieder der Betriebsgruppe, sondern wegen der personellen Verflechtungen auch die Genossen um Karl Kunger und der Britzer Gruppe gefährde. Wie die Gestapo Verbindungen aufdecke und anschließend die entsprechenden Widerstandszellen geradezu in Serie aufrolle, sei doch zur Genüge bekannt. Mit seinem eigenmächtigen Vorgehen gefährde er die jahrelang unter schwierigen Bedingungen entwickelte und von jahrelangen Haftstrafen vieler Mitglieder begleitete Widerstandsarbeit. Franke war jedoch nicht bereit, die Kritik anzunehmen. Er vertrat vielmehr die Position, dass es jetzt notwendig sei, der Bevölkerung, vor allem den Arbeiter*innen zu zeigen, dass es in Nazi-Deutschland einen organisierten antifaschistischen Widerstand gebe. Nur so sei dieser zu einer über die Zellen hinausgehenden Bewegung zu verbreitern. Dies müsse auch mit Hilfe von spektakulären Aktionen geschehen, damit den Arbeiter*innen gezeigt werde, dass die Gestapo nicht allmächtig sei. Das Ehepaar Schaumann habe doch bei den Treffen über die veränderte Kriegslage referiert, die dem Widerstand neue Impulse gebe. Diese Impulse müssten aber auch in einer veränderten Praxis umgesetzt werden. Die Niederlage der Nazi-Armee vor Moskau und die gescheiterte Eroberung von Leningrad hätten auch bei großen Teilen der Bevölkerung Zweifel an der Unbesiegbarkeit der Wehrmacht aufkommen lassen. Die müssten nun weiter vertieft werden. Das gehe aber nicht von alleine, sondern müsse organisiert werden. Und wer anders als die Kommunisten hätten die Aufgabe voranzugehen.

Neben Elfriede und Werner Schaumann hielten auch das Ehepaar Günter und Helene Schulz das Vorgehen von Franke für falsch. Er überschätze die Bereitschaft in der Bevölkerung, sich



Joachim Franke

⁹⁹ Der Brief ist als Faksimile in der Sammlung „Der antifaschistische Widerstandskampf der KPD im Spiegel des Flugblattes 1933-1945, hrsg. von Margot Pikarski und Günter Uebel, Berlin 1978, Dokument 160 abgedruckt.

¹⁰⁰ Margot Pikarski, Elke Warning, Gestapo-Bericht über den antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1939-1943, a.a.O., S. 209.

gegen die faschistische Gewaltherrschaft aufzulehnen. So habe der zunehmende Terror gegenüber der jüdischen Bevölkerung bisher nicht zu einer merkbaren Solidarität der übrigen Bevölkerung geführt, obwohl er vor allen Augen vonstattengehe. Die Faschisten säßen noch immer recht fest im Sattel und ihr Spitzel- und Terrorsystem sei von hoher Effektivität. Es bedürfe noch weiterer Schläge, bis die innere Herrschaft brüchig werde.

Am Ende der Auseinandersetzung wies Werner Schaumann darauf hin, dass der Sturz des Hitler-Regimes einer Revolution gleichkomme. Daher solle Franke als Kommunist sich an die Grundsätze halten, die Lenin für die Existenz einer revolutionären Situation benannt habe. Die herrschenden Klassen könnten ihre politische Herrschaft, das sei der Faschismus, nicht mehr unverändert aufrecht halten. Die Krise der herrschenden Klassen und ihrer Politik lasse Risse entstehen, in die die Empörung der unterdrückten Klassen hinein breche und diese vergrößere und die Festung der Herrschaft sprengte. Es genüge eben nicht, dass die Unterdrückten nicht mehr in der bestehenden Weise leben wollten, sondern auch die herrschende Klasse unter den gegebenen Bedingungen nicht mehr leben könne.¹⁰¹ Darauf begründe sich auch die Notwendigkeit, den Kampf gegen den Faschismus im Rahmen einer Volksfront zu bündeln. Hier sehe er aber noch keine wirksamen Ansätze. Die herrschende Klasse habe innenpolitisch noch das Heft in der Hand.¹⁰²

Auf der Grundlage dieser unterschiedlichen Vorstellungen spaltete sich die Britzer KPD-Zelle und die beiden Ehepaare bildeten eine eigene Gruppe, die sich in der Folgezeit regelmäßig traf, um ausländische Sender abzuhören, die Informationen zu diskutieren und für Gespräche aufzubereiten.¹⁰³

Während Hilde Jadamowitz und Werner Steinbrinck die Auffassung von Joachim Franke teilten,¹⁰⁴ äußerte auch Hans-Georg Vötter Bedenken gegenüber Frankes Position. Allerdings wollte er die Zelle nicht verlassen, da er der Meinung war, eine Spaltung führe zu einer Schwächung der Arbeit, sei u. U. sogar der erste Schritt zur Atomisierung und damit zur Beendigung des Widerstandskampfes. Allerdings befürwortete auch er die Überlegung, die Zelle in eine zentrale Widerstandsorganisation einzugliedern, um den Widerstand im Rahmen einer einheitlichen Strategie fortzuführen.¹⁰⁵

Für Hans-Georg Vötter war die Abspaltung der neuen Gruppe um die beiden Schaumanns kein Verrat an der gemeinsamen Sache. Das zeigte sich an dem Umstand, dass er mehrmals versuchte, Elfriede und Werner Schaumann wieder für die Zellenarbeit zu gewinnen. So legte er Werner Schaumann Anfang 1942 Entwürfe zweier Beiträge für eine weitere Ausgabe der Zeitschrift „*Der Ausweg*“ vor, um die Texte mit ihm zu besprechen. Es handelte sich hierbei um die Beiträge „*Eine neue Belastungsprobe des deutschen Volkes*“ und „*Hitler, der größte Wohltäter der Menschheit*“.¹⁰⁶ Die Beiträge richteten sich nicht an die Frontsoldaten, wie in den ersten beiden Ausgaben, sondern sprachen direkt die Betriebsarbeiter an.

¹⁰¹ Werner Schaumann bezog sich offensichtlich auf den Lenin-Text „*Der Zusammenbruch der II. Internationale, Mai-Juni 1915*“, in LW Bd. 21, S. 206f.

¹⁰² LAB, C Rep. 118-01 / A 1371 (Bericht von Günter Schulz, Oktober 1945)

¹⁰³ BArch, R 3017/33941.

¹⁰⁴ Ebenda.

¹⁰⁵ Vernehmungsprotokoll Hans-Georg Vötter vom 5.6.1942, a.a.O. Erst als Joachim Franke, Werner Steinbrinck und Hilde Jadamowitz das Vorhaben in der Zelle zur Diskussion stellten, mit einem Brandanschlag auf die antisowjetische Nazi-Ausstellung „*Das Sowjetparadies*“ gemeinsam mit den Mitgliedern der Herbert-Baum-Gruppe ein Zeichen setzen zu wollen und die antisowjetische Propaganda der Nationalsozialisten nicht stillschweigend hinzunehmen, kündigte Hans-Georg-Vötter die Zusammenarbeit auf. Siehe: Vernehmungsprotokoll Hans-Georg Vötter vom 5.6.1942, a.a.O. Auch in der Baum-Gruppe gab es entsprechende Auseinandersetzungen um den Brandanschlag, der von vielen Mitgliedern als selbstmörderisch bezeichnet wurde. „*Wir hatten versucht, sie von diesem Vorhaben abzuhalten und ihre Kräfte für spätere Aktionen aufzusparen, doch waren sie Vernunftgründen nicht zugänglich*“, berichtete Frida Przyjemski über die Auseinandersetzungen. Baum, Franke und Steinbrinck seien von der politischen Richtigkeit der Aktion überzeugt gewesen. LAB, C Rep. 118-01/A23482.

¹⁰⁶ Vernehmungsprotokoll Hans-Georg Vötter vom 5.6.1942, a.a.O.

So endete der Artikel „Eine neue Belastungsprobe für das deutsche Volk“ mit den Worten:
„Arbeiter!

Wir warnen vor den Wölfen im Schafspelz, die Dir das Fell abziehen wollen.

Die Hände wieder zu Fäusten geballt – aber weg vom

„Eisernen Sparkonto“.

Hitler wollte dir helfen, aber Du siehst, immer nur ‚Du‘ musst ihm helfen,

damit er seine größtenwahnsinnigen Machträume verwirklichen kann, um der

besitzenden Klasse Deutschlands einen angenehmeren Sitz in der Sonne zu sichern.

Mach Schluss

– verweigert Eure Hilfe

– präsentiert Eure Wechsel – Eure Forderungen

und lasst Euch nicht vertrösten bis nach dem Sieg.

Nieder mit dem Faschismus!

Nieder mit Hitler, dem größten Sklavenzüchter der Welt!

Für den revolutionären Kampf um die Macht!

Für den Sieg zum Aufbau des wahren Sozialismus und der Befreiung der Arbeiterklasse von ihren Ausbeutern und Unterdrückern.

Es lebe die antifaschistische Aktion.

Es lebe die Föderation der sozialistischen Sowjetrepubliken!“¹⁰⁷

Der Artikel legt nahe, dass die neue Ausgabe der Zeitschrift nicht als internes Material für die Mitglieder der Widerstandsgruppen gedacht war, sondern sie sollte nach außen wirken, also in den Betriebsbelegschaften verteilt werden. Neben Joachim Franke waren auch Karl Kunger und seine Betriebsgruppe, zu der ja auch Charlotte Vötter¹⁰⁸ gehörte, dazu übergegangen, antifaschistisches Material auf Toiletten, an Arbeitsplätzen und in Umkleidekabinen auszulegen und zu Sabotageakten aufzufordern. Losungen wie „Arbeite langsam“ – „Erst mehr essen, dann arbeiten“ – „Arbeitskameraden bleibt bei Fliegeralarm zu Hause!“ – „Nieder mit dem Krieg gegen die Sowjetunion“ wurden auf Klebezetteln im Betrieb verbreitet.¹⁰⁹

Die Versuche, die beiden Schaumanns wieder für die Arbeit der Zelle zu gewinnen, blieben allerdings erfolglos. Ob der Grund ihrer Ablehnung allein aus politischen Gründen erfolgt ist oder ob nicht auch private und berufliche Gründe eine Rolle spielten, lässt sich nicht eindeutig sagen. Werner Schaumann war inzwischen bei der Berliner Baugenossenschaft zum Bauführer aufgestiegen und für einen Monat nach Löcknitz auf eine Baustelle geschickt worden, konnte also aufgrund seiner Abwesenheit die Diskussion gar nicht weiterführen.¹¹⁰ Elfriede Schaumann besuchte zu dieser Zeit die private Chemieschule von Dr. Walter in Berlin und bereitete sich auf die Prüfung für den Abschluss als Chemietechnikerin vor.¹¹¹ Dass die Frage nach einer den politischen Rahmenbedingungen adäquaten Ausrichtung der Widerstandstätigkeit für Elfriede und Werner Schaumann ein wichtige Rolle gespielt hat, zeigt sich an der Weiterführung ihrer als bewährt angesehenen Treffen in dem verkleinerten Kreis mit dem Ehepaar Schulz. Die lange Freundschaft, Werner Schaumann kannte ja Helene Schulz noch aus der Zeit der Weimarer Republik, als sie in der Samenhandlung seines Vaters beschäftigt gewesen war, und ihr Ehemann Günter Schulz hatten ja keine unwichtige Rolle bei Werners politischer Entwicklung gespielt, und die gleichgerichtete Gesinnung bildeten das Fundament dieser Widerstandszelle. Bis 1939 wurde das Ehepaar Schulz von Werner und ab 1936 auch von Elfriede Schaumann unregelmäßig besucht. Diese Besuche wurden unterbrochen, als Günter Schulz wegen Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet und vor Gericht gestellt wurde. Da eine direkte

¹⁰⁷ BArch, R 3017/33941.

¹⁰⁸ Vernehmungsprotokoll Hans-Georg Vötter vom 5.6.1942, a.a.O.

¹⁰⁹ Margot Pikarski, Jugend im Berliner Widerstand, a.a.O., S. 118.

¹¹⁰ Vernehmungsprotokoll Werner Schaumann vom 8.6.1942, a.a.O.

¹¹¹ Vernehmungsprotokoll Elfriede Schaumann, vom 10.9.1942, a.a.O.

Mitarbeit bei der Verteilung von Flugblättern nicht nachgewiesen werden konnte, erhielt er „nur“ eine Haftstrafe von einem Jahr mit anschließender Bewährung. Nach seiner Entlassung haben die beiden Schaumanns den Kontakt wieder aufgenommen. Während seiner Vernehmung schilderte Werner Schaumann, Schulz habe ihnen von seinen Hafterfahrungen während der Vernehmungen während der Untersuchungshaft berichtet. Diese hätten ihn vorsichtig werden lassen.¹¹² Daher habe er auch bei der Auseinandersetzung mit Franke um die zukünftige Ausrichtung der illegalen Arbeit so entschieden gegen die offensive Variante Stellung bezogen.¹¹³

9. Die Verhaftung

Die Arbeit beider Gruppen wurde jedoch von der Gestapo im Mai/Juni 1942 beendet. Anlass ihrer Zerschlagung war eine Aktion, die sich gegen die antisowjetische Propagandaausstellung „Das Sowjetparadies“ im Berliner Lustgarten richtete. Der Anschlag wurde von Herbert Baum und seiner Frau Marianne, Sala Kochmann, Gerhard Meyer, Irene Walter und Suzanne Wesse von der Baum-Gruppe und Joachim Franke, Werner Steinbrinck, Hilde Jadamowitz, Hans-Georg Mannaberg sowie Walter Bernecker aus der Gruppe um Franke am 18. Mai 1942 durch-



geführt.¹¹⁴ Treibende Kräfte für die Aktion waren Baum, Franke und Steinbrinck gewesen, die mit diesem Anschlag dokumentieren wollten, dass es nach den militärischen Einbrüchen an der Front vor Moskau und den verlustreichen Partisanenkämpfen in den besetzten Ländern auch in Deutschland selbst eine „innere Front“ gebe, die die unumschränkte Nazi-Herrschaft im eigenen Land in Frage stelle.¹¹⁵

Steinbrinck, der als Chemotechniker im Kaiser-Wilhelm-Institut in Dahlem arbeitete, hatte die Chemikalien besorgt und die Anfertigung der Brandsätze überwacht. In der Wohnung von Joachim Franke wurde der Zündmechanismus für den Brandanschlag auf die Propagandaausstellung hergestellt und die Brandsätze bis zum Tag des Anschlags gelagert. Franke trug am 18. Mai 1942 den Brandsatz in einer Aktentasche bei sich und legte gemeinsam mit Herbert Baum und Werner Steinbrinck den Brand, während die anderen beteiligten

Mitglieder der beiden Gruppen die Aktion absicherten.¹¹⁶

Die Aktion war ein Fehlschlag.¹¹⁷ Die Brandsätze zündeten nicht, es kam nur zu einer Verpuffung, elf Besucher erlitten leichte Verletzungen. Am nächsten Morgen ging die Schau wie ge-

¹¹² Vernehmungsprotokoll Werner Schaumann vom 5.10.1942, in: Archiv des Museums Neukölln, Ordner Schaumann.

¹¹³ Vernehmungsprotokoll Werner Schaumann vom 6.10.1942, in: Archiv des Museums Neukölln, Ordner Schaumann.

¹¹⁴ Hans-Rainer Sandvoß, Die „andere“ Reichshauptstadt, a.a.O., S. 496.

¹¹⁵ Margot Pikarski, Jugend im Berliner Widerstand, a.a.O., S. 122.

¹¹⁶ Margot Pikarski, Jugend im Berliner Widerstand, a.a.O., S. 122f.

¹¹⁷ Wesentlich weniger spektakulär, aber öffentlichkeitswirksamer war die Aktion einer anderen Widerstandsgruppe, die unter dem Namen „Rote Kapelle“ von der Gestapo geführt wurde. Sie druckte hunderte von Klebezetteln mit der Aufschrift „Ständige Ausstellung – Das NAZI-PARADIES – Hunger Lüge Gestapo Wie lange noch?“, die sie 4 Tage nach dem Brandanschlag im Umfeld der Ausstellung sowie auf den Werbeplakaten der Ausstellung anbrachten. Günther Weisenborn, Der lautlose Aufstand, Ffm. 1974, S. 244.

plant weiter, aber eine Sonderkommission der Gestapo wurde gebildet und nahm die Ermittlungen auf. Über den Anschlag wurde für Medien ein Veröffentlichungsverbot verhängt. Im Gegensatz zur Wirkungslosigkeit des Anschlages in der Öffentlichkeit, kam es für den Berliner Widerstand zu den von den Kritikern dieser Aktion befürchteten Konsequenzen.

Kurz nach dem Anschlag, am 22. Mai, erfolgten die ersten Verhaftungen, darunter auch Joachim Franke, seine Frau, Werner Steinbrinck, Hilde Jadamowitz und Hans-Georg Mannaberg. In dem Gestapo-Bericht vom 27. Mai 1942 hieß dazu u.a.: *„Als geistiger Träger und Führer der illegalen Gruppe wurde der technische Angestellte der AEG in Berlin, Joachim Franke, der sich bereits vor der Machtübernahme für die KPD betätigt hat, festgestellt.“*¹¹⁸

Die Gestapo ging bereits bei den am Tag der Verhaftung vorgenommenen ersten Vernehmungen mit brutaler Folter gegen die Verhafteten vor, um weitere Namen und Verbindungen zu erpressen. Herbert Baum beging in der Haft in Berlin-Moabit am 11. Juni 1942 Selbstmord. Auch Joachim Franke wurde der Folter unterzogen. Als seine Frau während der Vernehmung vorgeführt und in seiner Anwesenheit ihr ebenfalls Folter angedroht wurde, gab Joachim Franke seinen Widerstand auf und nannte Namen und Kontakte.¹¹⁹ Nach Aussage von Günter Schulz soll es sich um etwa 200 Namen gehandelt haben.¹²⁰ Unter den erpressten Namen befand sich auch Werner Schaumann, der am folgenden Tag, dem 23. Mai, von der Gestapo festgenommen wurde.

Wie das Gestapo-Foto von Werner Schaumann vom 23.5.1942 zeigt, wurde er noch vor der erkennungsdienstlichen Behandlung mit Foltermaßnahmen überzogen.

Den Verhörprotokollen ist zu entnehmen, dass er versucht hat, seine Genoss*innen weitgehend von der Verantwortung für die Widerstandshandlungen zu entlasten, und seine Aktivitäten als prägend für die illegale Tätigkeit darzustellen. Auch vermied er Angaben, die politische Kontakte zu anderen Widerstandsgruppen beinhalten könnten. Seine Schulungsgruppen und -treffen, für die er die organisatorische und inhaltliche Verantwortung übernahm, charakterisierte er als private, freundschaftliche Treffen von Personen, die dem Regime kritisch gegenüber eingestellt waren und die sich aus früheren politischen Zusammenhängen kannten. Er sei sich der Schwere der strafbaren Handlung bewusst gewesen.

*„Dass ich mich trotzdem nicht abhalten ließ, sich im staatsfeindlichen Sinne zu betätigen, begründe ich damit, dass ich fest glaubte, dass die kommunistische Theorie richtig ist und den Menschen ein besseres Dasein ermöglicht. Ich dachte dabei nicht an mich, wo ich mich selbst in guter und angesehener Stellung befinde, sondern bin aufgrund meines Studiums über den Marxismus ein Kriegsgegner.“*¹²¹



Werner Schaumann, Gestapo-Foto vom 23.5.1942

¹¹⁸ Margot Pikarski, Elke Warning, Gestapo-Bericht über den antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1939-1943, a.a.O., S. 229.

¹¹⁹ Siehe Peter Steinbach, Johannes Tuchel (Hrsg.), Lexikon des Widerstandes 1933-1945, München 1994, S. 59. Die Androhung, nicht nur Franke, sondern auch seine Frau zu foltern, relativiert den Spitzelvorwurf, der von überlebenden Kommunisten, u. a. von Günter Schulz, erhoben wurde. LAB, C Rep. 118-01/A 13171.

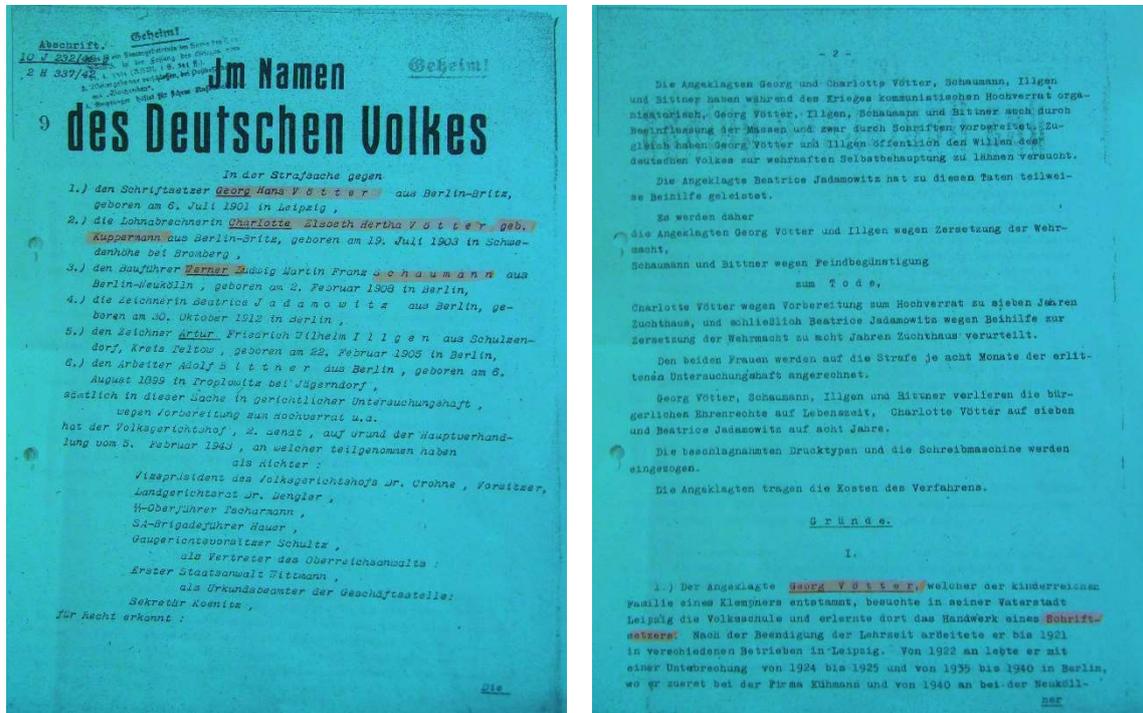
¹²⁰ LAB, C Rep. 118-01/A 13171. Insgesamt wurden über zwanzig Männer und Frauen der Herbert-Baum-Gruppe, der Gruppe um Franke und Vötter sowie der beiden Treptower AEG-Betriebsgruppen zum Tode verurteilt. Mehr als fünfzig Personen aus diesem Kreis erhielten hohe Zuchthausstrafen. Hans-Rainer Sandvoß, Die „andere“ Reichshauptstadt, a.a.O., S. 497.

¹²¹ Vernehmungsprotokoll Werner Schaumann vom 8.6.1942, a.a.O.

10. Vom Volksgerichtshof (VGH) zum Tode verurteilt.

Während Joachim Franke, Werner Steinbrinck, Hilde Jadamowitz, Hans-Georg Mannaberg und Walter Bernecker aus der Gruppe in Franke und Vötter von einem Sondergericht am 16. Juli zum Tode verurteilt und am 18. August in Plötzensee hingerichtet wurden,¹²² zog sich die Vorbereitung des Prozesses gegen Werner Schaumann länger hin.

Am 5. Februar 1943 fand vor dem 2. Senat des Volksgerichtshofes die Verhandlung gegen



Das Urteil vom 5. Februar 1943 gegen Hans-Georg Vötter, Werner Schaumann u.a.

Hans-Georg Vötter, seine Ehefrau Charlotte Vötter, Werner Schaumann, Beatrice Jadamowitz, Arthur Illgen und Adolf Bittner statt. Als Vorsitzender fungierte der Vizepräsident des Volksgerichtshofs Dr. Crohne.¹²³ Als zweiter hauptamtlicher Richter saß Landgerichtsrat Dr. Anton Dengler, seit 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP (Mitgl.-Nr. 3.409.732) am Richtertisch. Angesichts der Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat hatten die Angeklagten kaum eine Chance, ungeschoren aus dem Verfahren herauszukommen. Allein die in der Urteilsbegründung enthaltene Feststellung, dass die Angeklagten mit den Feinden des Reiches gemeinsame Sache gemacht und beabsichtigt hätten, „die bestehende nationalsozialistische Staatsform mit Gewalt zu stürzen“¹²⁴, ließ kaum noch ein anderes als das Todesurteil zu.

¹²² Margot Pikarski, Jugend im Berliner Widerstand, a.a.O., S. 128. Walter Bernecker gehörte nicht zu den Hingerichteten, da er sich während der Untersuchungshaft im Polizeipräsidium bereits das Leben genommen hatte. Heinrich-Wilhelm Wörmann, Widerstand in Köpenick und Treptow, a.a.O., S. 158.

¹²³ Dr. Wilhelm Crohne (1880-1945) war seit 1924 Landgerichtsdirektor in Berlin. Am 1. September 1932 trat er in die NSDAP ein (Mitgl.-Nr. 1.331.607) und leitete ab 1935 die Abteilung Strafrechtspflege im Reichsjustizministerium. Seine grundsätzliche Haltung zur Rolle der Justiz zeigt, dass er die Aufgabe der Justiz als ein Kampfinstrument zum Erhalt des nationalsozialistischen Staates und zur schonungslosen Bekämpfung seiner Gegner ansah. „Gewiss heißt es bei der Tatsachenfeststellung auch fürderhin: in dubio pro reo. Bei der Rechtsanwendung steht aber vor diesem Satz der Gedanke des Schutzes von Volk und Staat gegen den Rechtsbrecher.“ Im November 1942 wurde er zum Vizepräsidenten des Volksgerichtshofs ernannt. Hier verstand er sich als Frontkämpfer an der Heimatfront: „Seid gewiss, Frontkameraden, dass der Volksgerichtshof in enger Zusammenarbeit mit der Polizei in Eurer Heimat auf der Wacht steht, um das zu sichern, was Eure beispiellose Tapferkeit gewonnen hat. (...) Die Heimat zeigt sich in diesem Krieg Eurer würdig, und die wenigen andersdenkenden Verbrecher werden rücksichtslos ausgemerzt.“ Am 26. April 1945 beging Crohne während der Schlacht um Berlin Selbstmord. Zu Dr. Crohne und dem VGH siehe: Topographie des Terrors, Hrsg.) Der Volksgerichtshof 1934-1945, Terror durch „Recht“, Berlin 2018.

¹²⁴ BAArch, R 3017/33941.

Der Vorwurf hinsichtlich des hochverräterischen Handelns der Angeklagten bezog sich nicht nur auf eine aktiv betriebene Wehrkraftersetzung und Feindbegünstigung. Beides hätte schon für die Begründung eines Todesurteils ausgereicht. Er bezog sich auch auf die Kenntnis von Strukturen und Verbindungen der illegalen KPD sowie auf den Aufbau eigener Gruppen, die „wenigstens stimmungsmäßig den Boden für sie vorbereitet.“¹²⁵ Dieses alles sei bewusst mit der Absicht geschehen, für die kommunistischen Ziele der KPD zu werben und eine innere Front zur Unterstützung der Sowjetunion zu errichten. „Der Schicksalskampf des deutschen Volkes zwingt in seiner Unerbittlichkeit zur Anwendung der vollen Härte des Gesetzes gegen alle, die den Untergang unseres Volkes herbeizuführen trachten. Die Angeklagten Georg Vötter, Schaumann, Illgen und Bittner sind unentwegte Marxisten und unbelehrbare Kommunisten, die ihr Leben verwirkt haben. Auch wenn die Todesstrafe gegen Vötter und Illgen nicht schon aus dem Gesetz hätte verhängt werden müssen, wäre nur diese Strafe wie auch bei Schaumann und Bittner in Betracht gekommen, da nur die schwerste im Gesetze vorgeschriebene Strafe allein dem Schutzbedürfnis der deutschen Volksgemeinschaft entspricht und auch eine der festgestellten Schuld dieser Angeklagten angemessene Sühne ist.“

Im Gegensatz zu den angeklagten Männern wurde gegen Erika Vötter und Beatrice Jadamowitz aus einem anderen Blickwinkel geurteilt. Zwar wurde auch bei ihnen von einer Beteiligung an hochverräterischen Handlungen ausgegangen, doch entsprechend dem nationalsozialistischen Frauenbild, nach dem Frauen gefühlsabhängig und häufig unselbständig, als Mitläuferinnen handeln, wurde ihre Tatbeteiligung als weniger schwer, weil in Abhängigkeit vom Willen der Männer beurteilt. So urteilte das Gericht, dass Charlotte Vötter „unter dem Einfluss ihres Ehemannes in die illegale Tätigkeit hereingezogen wurde. Ihr verbrecherischer Wille ist gering. Dennoch musste aus den oben angeführten Gründen auf eine Zuchthausstrafe von sieben Jahren erkannt werden.“¹²⁶ Noch deutlicher formulierte das Gericht ihre vorurteilsbeladene Entscheidung bei Beatrice Jadamowitz, die in ihrer Vernehmung ein Liebesverhältnis mit Hans-Georg Vötter zugab, bei dem es auch zu intimen Beziehungen gekommen sei.¹²⁷ Dass sie mit ihrer Schreibmaschine ein wichtiges Gerät zur Herstellung der Zeitschriften und Flugblätter zur Verfügung gestellt hatte, an der Beschriftung von Wachsmatrizen beteiligt gewesen war, illegales Material und dessen Verwendungszweck kannte und sogar über die Existenz einer illegal arbeitenden Gruppe informiert war, wurde vom Gericht unberücksichtigt gelassen. Vielmehr gingen die Richter davon aus, dass sie sich nur aus Gefallen zu ihrem kommunistischen Liebhaber an der Aktion beteiligt habe. Daher „erachtet der Senat eine Zuchthausstrafe von acht Jahren als eine ihrem Verbrechen entsprechende Sühne, da sie sich insbesondere bewusst zur Mithilfe an einer gegen die Wehrmacht gerichteten Aktion hergegeben hat.“¹²⁸

Am 11. Mai 1943 wird Werner Schaumann zusammen mit Hans-Georg Vötter, Arthur Illgen und Adolf Bittner in Plötzensee hingerichtet.

Unmittelbar vor seiner Hinrichtung verfasste er noch einen Abschiedsbrief:

„Berlin Plötzensee, den 11.5.43

Liebe Hilde, liebe Mutti, lieber Arthur!

Heute ist mein letzter Tag, um 7 Uhr wird das Urteil vollstreckt. Ich bin ruhig; aufrecht, wie ich gelebt habe, will ich auch sterben! – Ich weiß, dass ich Euch viel Schmerzen bereitet habe, aber ich konnte nicht anders handeln, wenn ich ehrlich bleiben wollte. Aber die Zeit, die ich mit Hilde zusammen war, war sehr, sehr schön. Ich danke Euch allen für die Liebe, die ihr mir gegeben habt, und bitte Euch, mir zu verzeihen, was ich Euch Schweres angetan habe. Bitte grüßt alle Bekannten recht herzlich von mir und seid vor allem selbst recht, recht herzlich begrüßt. Ich wünsche Euch allen im Leben das Allerbeste. Euer Werner“¹²⁹

¹²⁵ Ebenda.

¹²⁶ Ebenda.

¹²⁷ Vernehmungsprotokoll Beatrice Jadamowitz vom 6. Juni 1942, a.a.O.

¹²⁸ BArch, R 3017/33941.

¹²⁹ Margot Pikarski, Jugend im Berliner Widerstand, a.a.O., S. 153.

11. Die letzten Monate der Elfriede Schaumann

Am 20. Oktober 1942 meldete der Gestapo-Bericht, dass weitere Personen wegen kommunistischer Betätigung festgenommen worden waren, darunter auch die Chemotechnikerin Elfriede Schaumann, geb. Topp, der Kontorist Günter Schulz und seine Frau, die Kontoristin Helene Schulz, geb. Fehrenson, die kaufmännische Angestellte Hilde Schaumann, geb. Bäcker sowie die Physikerin Dr. Helene Schlesinger. Hinzu kamen weitere Personen aus der kommunistischen Zelle bei den AEG-Kabelwerken Oberspree. *„Hilde und Elfriede Schaumann, frühere Mitglieder der KPD, der IAH sowie des Sportvereins ‚Fichte‘, sowie die Physikerin Dr. Schlesinger (...) hätten sich der von Werner Schaumann geleiteten illegalen kommunistischen Gruppe angeschlossen. (...) Zu der Gruppe unterhielten auch die Eheleute Schulz Verbindung. Mit Angehörigen dieser Gruppe haben sie ständig ausländische Sender abgehört und Hetzschriften ausgetauscht.“*¹³⁰ Doch zum Zeitpunkt dieser Meldung war Elfriede Schaumann bereits tot. Nach ihrer Verhaftung am 10. September 1942 hatte sie sich vier Tage später am 14. September im Polizeigefängnis am Alexanderplatz selbst getötet. So lautete jedenfalls der Befund im Schlussbericht der Stapo IV A 1 vom 1. Oktober 1942. Hier wird gemutmaßt, dass sie *„im Polizeigefängnis vermutlich durch Einnahme von Gift Selbstmord verübt habe.“*¹³¹ Im Sterberegister wurde diese Vermutung wiederholt, wenn es dort heißt, dass Elfriede Schaumann gegen 9 Uhr aufgrund eines akuten Herztods verstorben sei. *„Vergiftung? Section steht noch aus.“*¹³²

Was hatte sich nach der Verhaftung ihres Ehemannes zugetragen, dass sie diese Entscheidung für sich gefällt hat?

Zunächst war Elfriede Schaumann von den Verhaftungen verschont geblieben. Um etwas über die Verhaftung ihres Mannes zu erfahren, hatte sie zunächst Hilde Schaumann und Karl Kunger aufgesucht. Von ihnen erfuhr sie Näheres über die Verhaftung, vor allem erhielt sie die Auskunft, dass Joachim Franke offensichtlich den Vernehmungsmethoden der Gestapo nicht standgehalten und Namen genannt hatte. Beide hatten beschlossen, noch in Freiheit befindliche Mitkämpfer*innen zu warnen und nur noch zu unbedingt vertrauenswürdigen Personen Kontakt zu halten. Sie gaben Elfriede den Rat, sich ebenfalls zurückzuhalten und sich in den nächsten Wochen verstärkt um ihre privaten Angelegenheiten zu kümmern.¹³³

Während es in ihrer Wohnung zu mehreren Hausdurchsuchungen von Seiten der Gestapo kam, nahm Elfriede wieder Kontakt zu ihrer Mutter auf, die in Neukölln in der Braunauer Str. 158 wohnte, wo sie Schutz suchte und auch zeitweise übernachtete. Den Rat von Hilde Schaumann berücksichtigend, schrieb sie sich nach dem erfolgreichen Abschluss ihres Kurses zur Ausbildung als Chemotechnikerin als Gasthörerin bei der Technischen Hochschule ein, musste diesen Besuch jedoch am 30. Juli 1942 beenden, da aufgrund der Haft ihres Mannes die finanziellen Mittel zur Fortführung des Besuchs fehlten.¹³⁴ Während dieser Zeit besuchte sie auch Agnes Steinbrinck, die Mutter von Werner Steinbrinck, die ihren Sohn am 20. Juli 1942 im Zuchthaus besucht hatte. Agnes Steinbrinck berichtete ihr von den Foltermerkmalen, Resultat der Methoden, mit denen die Gestapo versucht hatte, Werner gefügig zu machen. Weiter informierte sie Elfriede, dass Werner Steinbrinck fest davon überzeugt war, dass Joachim Franke als Spitzel der Gestapo tätig gewesen sei und für die Aufdeckung der verschiedenen antifaschistischen Gruppen verantwortlich war. Elfriede Schaumann kannte Joachim Franke aus der gemeinsamen illegalen Arbeit recht genau. Daher traf es sie besonders, dass auch ein derartig überzeugter und willensstarker Mensch den Gewaltmethoden der Gestapo nicht gewachsen war. Hinzu kam,

¹³⁰ Margot Pikarski, Elke Warning, Gestapo-Bericht über den antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1939-1943, a.a.O., S. 292.

¹³¹ Zit. nach: Christina Fischer, Tod im Polizeipräsidium, Junge Welt 19.8.2015.

¹³² Ebenda.

¹³³ Siehe Maschinenschriftlicher Abriss von Hilde Schaumann über ihre politische Tätigkeit in der Zeit der NS-Herrschaft, DHM, DG 90/9804.

¹³⁴ Vernehmungprotokoll Elfriede Schaumann vom 10.9.1942, a.a.O.

auch Werner Steinbrinck hatte sich gegenüber seiner Mutter verzweifelt und schuldbeladen geäußert, dass er in dem Verhör am 9. Juni 1942 auf Vorhalt der Gestapo, Franke habe bereits die entsprechenden Angaben dazu gemacht, die Namen der Personen genannt hat, die sich mit ihm zu marxistischen Diskussionen bei den von Werner Schaumann geleiteten Schulungen getroffen hatten.¹³⁵

Um ihren Unterhalt zu sichern, bewarb sich Elfriede Schaumann noch im Juli 1942 bei verschiedenen Firmen als Chemotechnikerin und erhielt von den Vereinigten Glanzstofffabriken in Seehof bei Teltow einen Arbeitsvertrag, der ihre Beschäftigung ab dem 15. August 1942 vorsah. Doch diese Beschäftigungszeit währte nur kurz. Die mit dem 22. Mai begonnene Verhaftungswelle bewegte sich immer weiter. Systematisch rollte die Gestapo in den Vernehmungen die mit den immer zahlreicher werdenden Verhafteten in Verbindung stehenden Widerstandsgruppen und Einzelpersonen auf. So wurde das Netz um die sich noch nicht in den Fängen der Gestapo befindlichen Antifaschist*innen immer enger.

12. Tod im Polizeipräsidium am Alexanderplatz

Am 10. September 1942 erfolgte dann gleichzeitig mit der Verhaftung von Karl Kunger und dem Ehepaar Schulz auch Elfriedes Festnahme. Ende des Monats wurden die letzten Mitglieder der Widerstandsgruppe um Franke und Vötter von der Gestapo festgenommen, darunter auch ihre Freundinnen Hilde Schaumann und Helene Schlesinger.

Am Morgen des 10. September 1942 wurde Elfriede Schaumann von Gestapo-Beamten an ihrem Arbeitsplatz im Forschungslabor der Firma abgeholt und ins Polizeipräsidium am Alexanderplatz überführt.

Wie aus dem Vernehmungsprotokoll hervorgeht, erfolgte die erste Vernehmung noch am selben Tag.¹³⁶ Parallel zu der Vernehmung fanden sowohl in der Wohnung ihrer Mutter als auch in ihrer eigenen Durchsuchungen statt, die allerdings keine Beweise für eine illegale Tätigkeit zutage förderten.

In der Vernehmung gab Elfriede lediglich ihre Mitgliedschaft im Arbeitersportverein „Fichte“ zu, dem sie von 1932 angehört habe. Die im Frühjahr 1934 wegen illegaler Tätigkeit für den verbotenen Verein verhängte Schutzhaft sei nach sechs Wochen bereits wieder aufgehoben worden. Im



Polizeipräsidium und -gefängnis am Alexanderplatz

Übrigen bestand sie darauf, „dass ich mich noch nie staatsfeindlich betätigt habe.“¹³⁷ Auch über die Hintergründe für die im Mai 1942 erfolgte Festnahme ihres Mannes wisse sie nichts. Es sind keine Hinweise bekannt, ob sie bei den Vernehmungen gefoltert wurde oder ihr Folter angedroht worden ist.¹³⁸ Dass die Gestapo jedoch zur Erpressung von Geständnissen mit brutaler Gewalt die Verhöre führte, war ihr bekannt. Sie kannte die persönlichen Erfahrungen von Günter Schulz und den eindringlichen Bericht von Agnes Steinbrinck. Auch andere Mitglieder aus den illegalen Kreisen, in denen sie sich bewegt hatte, waren bereits von der Gestapo vernommen und anschließend von der Nazi-Justiz verurteilt worden. Das galt auch für ihre Freundinnen Hilde Schaumann, Charlotte Vötter und Hilde Jadamowitz.

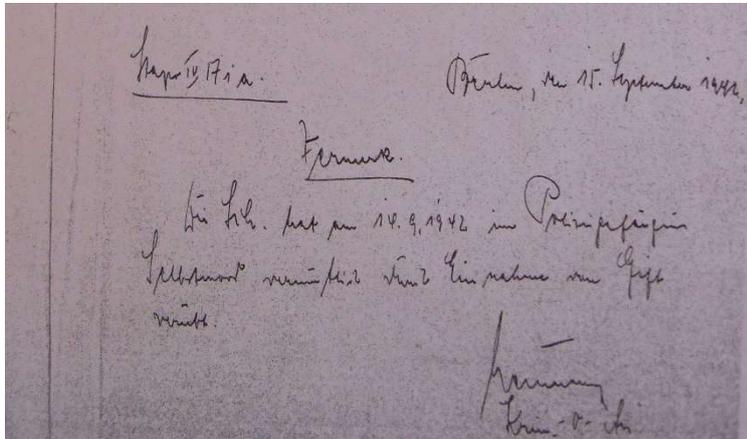
¹³⁵ Bericht von Agnes Steinbrinck, BArch, DY 55/V278/6/1873.

¹³⁶ Vernehmungsprotokoll Elfriede Schaumann vom 10.9.1942, a.a.O.

¹³⁷ Ebenda.

¹³⁸ Hilde Schaumann geht davon aus, dass Elfriede Schaumann während der ersten Vernehmung gefoltert worden ist. Siehe: Hilde Schaumann über ihre politische Tätigkeit in der Zeit der NS-Herrschaft, a.a.O. Die Aussage ist allerdings nicht belegt.

Aufgrund ihrer Aussagen in der ersten Vernehmung, in denen sie jegliche Beteiligung an Widerstandshandlungen abgestritten hatte, musste sie davon ausgehen, dass die Gestapo sich nicht damit zufriedengeben würde. Allein das Gespräch mit Hilde Schaumann und Karl Kunger, aber auch die Informationen von Agnes Steinbrinck deuteten darauf hin, dass die Gestapo durchaus Informationen über ihre Tätigkeit und ihre Verbindungen besaß. Und sie konnte damit rechnen, dass nicht alle Personen, die an den verschiedenen Treffen der letzten Jahre teilgenommen hat-



Aktenvermerk der Gestapo vom 15.9.1942 über den Tod von Elfriede Schaumann

ten, bereits von der Gestapo überführt worden waren. So waren z. B. Hilde Schaumann und Dr. Helene Schlesinger zu diesem Zeitpunkt noch nicht verhaftet. Es ist daher durchaus denkbar, dass Elfriede Schaumann sich an ihrem neuen Arbeitsplatz im Labor der Chemiefabrik Gift besorgt hat, um gegebenenfalls der Gestapo nicht völlig ausgeliefert zu sein. Niemand kann im Voraus für sich beantworten, ob er den Foltermethoden gewachsen sein wird. Dies galt natürlich auch für Elfriede. Sie hat es nicht auf einen Versuch ankommen lassen und mit dem Schritt der Selbsttötung ihre persönliche Würde und den Schutz ihrer Freund*innen und Genoss*innen höher als ihr Leben gestellt. Darauf weist der Schluss des Abschiedsbriefes hin, in dem sie nach Karl-Heinz Hoffmann, einem Freund der Familie Schaumann, erklärt haben soll, „dass sie gerne noch leben möchte, aber mit ihrem Körper lasse sie nicht machen, was andere wollen.“¹³⁹

Weitere Erinnerungsorte:

Neben dem Stolperstein in der Talberger Straße 10i gibt es noch eine Gedenktafel an dem Haus Grünberger Straße 85 in Friedrichshain, mit der an Werner Schaumann erinnert wird. Sie wurde 1955 angebracht und im Jahre 1979 erneuert.

Außerdem wurde in Himmelpfort bei Fürstenberg an der Havel das FDGB-Erholungsheim 1965 nach Werner Schaumann benannt.

Nach 1989 blieb das Gebäude zunächst ungenutzt, bis es 1996 von dem heutigen Besitzer gekauft und in ein Hotel umgewandelt wurde, das heute unter dem Namen „Landgasthaus Himmelpfort am See“ betrieben wird.



FDGB-Heim "Werner Schaumann"

Für Elfriede Schaumann stellt der Stolperstein in der Talberger Straße 10i das einzige Denkmal dar, das bisher an ihr Leben und Wirken erinnert.

¹³⁹ Karl-Heinz Hoffmann, zit. nach: Christina Fischer, Tod im Polizeipräsidium, a.a.O.

Danksagung:

Die Anwohner*inneninitiative „Hufeisern gegen Rechts“ dankt Julia Dilger vom *Museum Neukölln* und Andreas Herbst von der *Gedenkstätte Deutscher Widerstand* für die Bereitstellung von Dokumenten in einer Zeit, in der die Nutzung von Archiven aus Infektionsschutzgründen äußerst eingeschränkt war.

Über unsere Initiative:

„Hufeisern gegen Rechts“ ist ein Zusammenschluss von Anwohner*innen der Hufeisen- und Krugpfuhsiedlung in Berlin-Britz. Seit 2012 streiten wir gegen rechte Gewalt und Ideologie und für demokratische Toleranz und ein gleichberechtigtes Miteinander von Menschen aus verschiedenen Kulturen und mit unterschiedlichen Lebensentwürfen. Unser Engagement steht in der humanistischen Tradition unserer Siedlungen, deren Entstehung eng mit dem Kampf um eine sozial gerechte und lebenswerte Gesellschaft verbunden ist. Unsere Aktivitäten richten sich in erster Linie an unsere Nachbar*innen, die Bewohner*innen unserer Siedlungen. In unseren Aktivitäten stellen wir das Gemeinsame in den Vordergrund - ohne das Trennende zu übersehen.



Ausstellung "Zwangsarbeit in der Hufeisensiedlung - eine verdrängte Geschichte" am 22. Juni 2021 auf dem Bebelplatz

In ähnlicher Aufmachung hat die Anwohner*inneninitiative „Hufeisern gegen Rechts“ bisher folgende Broschüren herausgegeben:

1. Stanislaw Kubicki – ein deutsch-polnischer Avantgardist aus der Hufeisensiedlung, Berlin 2014, 2. Auflage Berlin 2018.
2. Margarete Kubicka, „Du nicht, du bunte Narrenwelt, du nicht“, Berlin 2015.
3. Margarete Kubicka, Illustrationen zu dem Roman „Die drei Sprünge des Wang-lun“ von Alexander Döblin, Berlin 2015.
4. Georg Obst – ein Britzer Sozialdemokrat im Widerstand, Berlin 2016.
5. Wienand Kaasch – Gewerkschafter, Kommunist, Widerstandskämpfer, Berlin 2017.
6. Adolf Mockrauer – jüdischer Apotheker der Hufeisen- und Krugpfuhsiedlung. Bei den Anwohner*innen beliebt und anerkannt, von den Nazis terrorisiert, zur Flucht gezwungen und im chilenischen Exil in den Tod getrieben, Berlin 2018.
7. Rudolf Peter – „Hitlers Niederlage ist nicht unsere Niederlage, sondern unser Sieg!“ – Widerstandskämpfer der Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe, Berlin 2018.
8. Gertrud Seele – wegen Wehrkraftzersetzung und Feindbegünstigung von den Nazis ermordet, Berlin 2018.
9. Charlotte Adel, Widerstandskämpferin, Mitglied der SAPD, Berlin 2018.
10. Leon Hirsch – jüdischer Verleger, Buch- und Kunsthändler, Berlin 2019.
11. Vom Rechtspopulismus zur völkischen Rechtspartei – AfD (Teil 1), Berlin 2019.
12. Vom Rechtspopulismus zur völkischen Rechtspartei – AfD (Teil 2), Berlin 2020.
13. Margarete Kubicka – Künstlerin, Pädagogin, Anarchistin und Antifaschistin, Berlin 2020.
14. Zwangsarbeit in der Hufeisensiedlung – eine verdrängte Geschichte, Berlin 2021.